

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 4,50 RM., monatlich 1,50 RM.,  
 frei ins Haus, vorausgeschickt Einzelne  
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monats-  
 lich 1,50 RM. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2.— RM. für das übrige Ausland  
 4,50 RM. monatlich. Bestellt ins Feld  
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.  
 Postbestellungen nehmen an: Bismarck,  
 Hülland, Burgburg, Schwaben  
 und die Schweiz. Einzeln in die  
 Postbestellungs-Verträge.  
 Erscheint täglich.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Anzeigenpreis:**  
 Die Rubrik „Kleine Anzeigen“ hat  
 60 Pf. „Kleine Anzeigen“, das  
 fertige Wort 10 Pf. (günstig  
 5 fertige Worte), jedes weitere  
 Wort 10 Pf. Stellenangebote und  
 Stellenanzeigen das erste Wort  
 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.  
 Worte über 15 Buchstaben zählen für  
 zwei Worte. Feuerungsanzeigen 20 Pf.,  
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,  
 politische u. gewerkschaftliche Berichts-  
 Anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäfts-  
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-  
 gegeben werden. Gedruckt von 3 Uhr  
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. Dienstag, den 29. Januar 1918. Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Die Forderungen der Arbeiter.

Unter den Forderungen, die jetzt von den Arbeitermassen mit gesteigertem Nachdruck vertreten werden, ist auch nicht eine einzige, die nicht von der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes gebilligt würde. Damit ist auch die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zu der gegenwärtigen Bewegung gegeben. Würden die Arbeiter ihre Unentbehrlichkeit im Produktionsprozess dazu missbrauchen wollen, um selber eine Minderheit der Mehrheit ihren Willen aufzudrängen, so müßten wir das verwerfen. Aber so liegen die Dinge eben nicht. Was die streikenden Arbeiter wollen, das will im Grunde mit ihnen die gewaltig überwiegende Mehrheit der ganzen Bevölkerung.

In der Anerkennung dieser Tatsache liegt auch das Beste, vielleicht das einzige Mittel, aus den augenblicklichen Wirren rasch und ohne weiteren Schaden herauszukommen. Ueber die Nützlichkeit einer Streikbewegung während des Krieges bestehen naturgemäß die allergrößten Meinungsverschiedenheiten, die ertragen werden müssen — nur sollte man mit Worten wie „Landesverrat“ nicht unnützlich herumwerfen. Nach Behauptungen der bürgerlichen Presse sollen gestern in Berlin 100 000 Arbeiter gestreift haben, nach den Feststellungen der Streikleitung waren es 250 000, wie viele im Reich gestern gestreift haben und wieviele in Berlin und dem Reich noch dazukommen werden, wissen wir zur Stunde noch nicht. Jedenfalls wäre es schälim um das Deutsche Reich bestellt, wenn auf seinem Boden einige Hunderttausend „Landesverräter“ herumlaufen; wir weisen diese Unterstellung aufs nachdrücklichste zurück.

Den guten Glauben sollen ehrliche Gegner den Arbeitern wenigstens zubilligen. Und da müssen sie zugeben: diese Arbeiter streiken in dem guten Glauben, ihrem Land und ihrem Volk dadurch einen großen Dienst zu leisten, daß sie mit Nachdruck auf der Erfüllung ihrer Forderungen bestehen. Eine reaktionäre Regierung, eine Regierung nach dem Herzen der Scharfmacher würde sich natürlich auf den Standpunkt stellen: Gleichgültig, wie diese Forderungen aussehen, „mit Rebellen verhandeln wir nicht!“ Eine Regierung aber, die auch nur ein wenig vom Hauch einer neuen Zeit berührt ist, wird jene Forderungen einer gewissenhaften Prüfung unterziehen und alles tun, was in ihren Kräften steht, um eine Einigung herbeizuführen.

Man kann nicht noch außen hin für den Verständigungsfrieden eintreten und seiner eigenen Bevölkerung gegenüber auf einen Gewaltfrieden hinsteuern wollen. Denn damit wäre der Glaube an den ehrlichen Willen der Regierung, noch außen einen Verständigungsfrieden zu schließen, unwiderbringlich dahin. Damit würde sich die Regierung aber auch im schärfsten Gegensatz zu ihrem Bundesgenossen, der österreichischen Regierung stellen, die durch ruhiges Verhandeln und vernünftiges Entgegenkommen der — dort wie hier spontan ausgebrochenen — Bewegung ein Ziel gesetzt hat. Was wollen die Arbeiter? Unzähligmale ist das alles hier im „Vorwärts“ auseinandergesetzt worden! Vorbehaltlose und läckenlose Erklärung der Regierung für einen raschen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Aktive Teilnahme der Arbeiterschaft aller Länder an den Friedensverhandlungen. Freies Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern, Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur sowie der Militarisierung der Betriebe, Freilassung aller, die im Kampf für den Frieden ihre Freiheit verloren haben und ins Gefängnis gewandert sind. Verbesserung der Lebensmittelversorgung durch schärfere Erfassung der Produkte am Ort der Erzeugung und durch gerechtere Verteilung, was sofort eine Heraushebung der Kartoffelration ermöglichen würde. Jene Teil der Presse, der jetzt gegen die Arbeiter tobt, möchten wir zu bedenken geben, daß die Arbeiter mit ihren Forderungen ganz besonders auch für die Freiheit der Presse eintreten. Die Presse selbst hat sich diese Freiheit nicht schaffen können. Abgesehen von jenen ihrem reaktionärsten Teil, der immer nur Freiheit für sich verlangt, aber Unterdrückung für die anderen, sollte die Presse Anerkennung dafür finden, daß die Arbeiter auch für ihre besonderen Interessen und Forderungen eintreten und ihre Verlangen wie in den anderen Punkten so auch besonders in diesem nachdrücklich unterstützen.

Ganges selbst vollziehen. Diese Maßnahmen sind auf gutem Wege, so daß es bei gutem Willen von allen Seiten an Plan und Ordnung nicht fehlen wird. Gegen eine ganz kleine Minderheit haben die Vertrauensmänner der Betriebe, die sich gestern versammelten, beschlossen, beide Richtungen der Sozialdemokratie zur Mitarbeit heranzuziehen, und beide sind zu dieser Mitarbeit bereit. Der gesunde Instinkt sagt den Arbeitermassen, daß jetzt zu gegenseitigen Befehdungen keine Zeit ist. Meinungsverschiedenheiten, die vorhanden sind, und die noch später vorhanden sein werden, können bei besserer Gelegenheit ausgetragen werden. Jetzt handelt es sich nicht darum, ob der Genosse Hinz oder der Genosse Kunz mit seinem bisherigen Verhalten recht gehabt hat, sondern es handelt sich darum, die Bewegung in geordnete Bahnen zu leiten, damit sie ihrem nützlichen Ziel entgegengeführt werden kann. Kleingeister, die das auch jetzt noch nicht einsehen wollen, werden ihre Rechnung ohne die Arbeiter gemacht haben.

Und wie es im Innern gilt, alle Kräfte zur Einheit zusammenzufassen, so gilt es, auch über die Grenzen und über die Schützengräben hinaus die Arbeitermassen zur Solidarität aufzurufen. Jetzt können die englischen und die französischen Arbeiter zeigen, ob es ihnen ebenso ernst um den Frieden zu tun ist wie den deutschen! Wir verlangen und erwarten von ihnen nicht, daß sie der eigenen Landesverteidigung in den Rücken fallen, so wenig wie wir das selber tun, aber wir verlangen und erwarten von ihnen, daß sie mit dem gleichen Nachdruck, wie wir es tun, ihre Regierung dazu auffordern, dem grauenvollen Völkerringen ein Ende zu bereiten.

Wir vertrauen darauf, daß eine Bewegung, die von so großen und edlen Absichten geleitet ist, wie diese, nicht sich in Haber und Berwirrung auflösen und auch nicht zwecklos verlaufen kann. Wir vertrauen auf den gesunden Sinn der deutschen Arbeiterklasse, der darauf gerichtet ist, Mögliches mit den geeigneten Mitteln durchzusetzen. An den Stellen aber, die über den Gang der deutschen Politik außen und innen entscheiden und die für ihre Entscheidungen vor der Geschichte verantwortlich sind, möge man sich dessen bewußt sein, daß Bewegungen gleich der gegenwärtigen durch Gewalt höchstens für einige Zeit aufgehalten werden, daß sie aber zur Entsonnung und zum Ausgleich gebracht werden können nur durch Gerechtigkeit! Es ist vielleicht nicht die Bewegung selbst, sicher aber ist es die gegenwärtig im Amt befindliche Regierung, die vor eine letzte entscheidende Probe gestellt ist.

Aber nicht nur an die Regierung, auch an die breiteste Öffentlichkeit des deutschen Volkes ergeht der Ruf, sich über das Wesen dieser Bewegung nicht täuschen, nicht zu Ungerechtigkeiten verleiten zu lassen. Je entschiedener sich die Öffentlichkeit, gleichviel wie sie zum Streik selbst steht, für die gerechten Forderungen, die ihm zugrunde liegen, einsetzt, einen desto besseren Dienst wird sie damit der Volksgemeinschaft erweisen. Denn es geht nicht nur „um's Ganze“, es geht für das Ganze, für eine bessere Zukunft unseres Volkes, für den Frieden der ganzen Welt!

## Der Streik.

Der Rebel in den Straßen Berlins, aus dem alle Dinge verändert und unformig auf den Wandernden zutreten. Aus den Fabriken im Nordwesten, wo ich vorbeikomme, strömt die Arbeit; nichts ist von der Möglichkeit zu spüren, die seit den letzten Tagen in der Luft liegt. Kurz vor 9 Uhr habe ich mein Ziel, eine der größten Fabriken erreicht. Zu sehen ist ja nichts, aber unermüdete Tätigkeit lärm durch den Rebel. Dann wird es stiller.

Frühstückspause? Streik! Da wird das Tor geöffnet. Drei Arbeiter treten heraus, gleichmütig, den Kaffeebezug unter dem Arm. Einer gibt dem anderen Feuer für die Zigarette. Das Tor hat sich unwillig hinter ihnen geschlossen, nicht lange und es biegt sich wieder zurück. Jetzt kommt schon ein ganzer Trupp. Das Tor schließt sich nicht wieder.

Immer dichter wachsen die Scharen aus dem Rebel, gleichmütige ernste Männer, Frauen, die zuweilen ein wenig lächeln. Ein Haufen bildet sich, läßt aber eine Gasse. Einer sagt: „Es kommen alle.“ Gruppen lösen sich stetig und wandern in den Rebel hinein. Ich folge der Richtung. In dem Garten vor einem Brauereisaale staut sich die Masse und wartet geduldig. Der Saal ist geschlossen. Endlich steht einer auf einer Bank und ruft: „Kollegen, ich spreche im Namen des Arbeiterausschusses. Ich brauche keinen zu sagen, warum wir die Arbeit niedergelegt haben, das weiß ein jeder selbst. Der Ausschuss wird mit den Vertretern aller ausständigen Betriebe Fühlung nehmen, um dann der Regierung unsere Forderungen mit-

zuteilen. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie sich nicht provozieren lassen, sondern ruhig nach Hause gehen und den Gang der Dinge abwarten werden.“

Langsam und lautlos löst sich die Versammlung auf, und da die Sonne den Rebel vertreibt, ist das Straßenbild ganz das gewöhnliche.

Aus den Reihen der Arbeiter ist wieder eine Streikbewegung entstanden, ohne daß von irgendeiner leitenden Stelle Anregung oder gar Anweisung dazu gegeben wurde. Wie im April vorigen Jahres aus Anlaß der Herabsetzung der Brotration die Bewegung spontan entstanden ist, so war es auch bei dem am gestrigen Montag ausgebrochenen Streik. Erst nachdem die Arbeiter in großer Zahl die Betriebe verlassen hatten, schritten sie zur Einleitung einer Streikleitung. Das geschah in einer Versammlung, die gestern nachmittag im Gewerkschaftshause tagte. In dieser Versammlung erschien auch ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, um einige Worte an die Streikenden zu richten. Das wurde ihm sowie einem Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie bereitwillig gestattet.

Dann wählte die Versammlung eine Streikleitung, bestehend aus Delegierten der Streikenden und Vertretern der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Die Versammlung stellte folgende Forderungen auf:

1. Schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen, ohne Kriegsschuldigung, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker entsprechend den Ausführungsbestimmungen, die dafür von den russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk formuliert wurden.
2. Inzuehung von Arbeitervertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen.
3. Ausgedehnte Nahrungsvorsorgung durch Erfassung der Lebensmittelbestände in den Produktionsbetrieben wie in den Handelslagern zwecks gleichmäßiger Zuführung an alle Bevölkerungskreise.
4. Der Belagerungszustand ist sofort aufzuheben. Das Verbot der Zeitungsbeschlagnahme ist aufzuheben, ebenso das Verbot der freien Meinungsäußerung in der Presse und in Versammlungen. Die Schützengänge für Arbeiterinnen und Jugendliche sind schleunig wieder in Kraft zu setzen. Alle Einzelgänge der Militärverwaltung in die gewerkschaftliche Tätigkeit sind rückgängig zu machen und neue zu verhindern.
5. Die Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben.
6. Alle wegen politischer Delinquenzen Verurteilte und Verhaftete sind sofort freizulassen.
7. Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland, und zwar zunächst die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimes Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren für den preussischen Landtag.

Ferner nahm die Versammlung folgende Entschliessung an:

„Da nur unbedingte Solidarität Erfolg verheißt, geloben wir, jede Maßregelung unserer Führer, Vertreter und Beauftragten mit aller Macht abzuwehren. Wir richten aber auch an die Proletarier Deutschlands wie der anderen Kriegführenden Länder insgesamt die dringende Aufforderung, wie schon die Arbeitsschergenossen in Oesterreich-Ungarn erfolgreich und vorangegangen sind, so nunmehr gleichfalls in massenhaft einzutreten, denn erst der gemeinsame internationale Klassenkampf schafft uns endgültig Frieden, Freiheit und Brot.“

Nach den Feststellungen der Streikleitung sind bis gestern nachmittag rund 250 000 Streikende gezählt worden. Man rechnet bestimmt damit, daß auch von den Arbeitern der noch nicht an der Fäblung beteiligten Nachtschicht etwa 50 000 hinzukommen werden, so daß sich die Gesamtzahl der Streikenden auf 300 000 beläuft. Der Streik erstreckt sich auf fast alle Betriebe der Rüstungsindustrie sowie auch anderer Branchen.

Die Zahlen der Streikenden verteilen sich bis jetzt auf die größeren Betriebe etwa folgendermaßen: Schwarzgürtel 4000, Flugplatz Johannisthal-Adlershof 3500, A. E. G. Turbine 2500, A. E. G. Ader- und Gerichtstraße 5000-6000, Samson-Werk 1500, Merkur-Flugzeugbau 1200, Wietzsch-Charlottenburg 1500, Bergmann Gennigsdorfer Straße 2000, bei Goers, Daimler und Auer ruht der gesamte Betrieb, Rumpier Johannisthal 1000, Lorenz 2000, F. Berliner 2500, Bergmann-Rosenthal 4000, Erich u. Erney 2000.

Gestern abend sollte im Gewerkschaftshause eine Versammlung der Eisenbahner abgehalten werden, die in keiner Beziehung zu dem Streik stand. Die Tagesordnung lautete: „Die Arbeitszeit der Eisenbahner“. In letzter Stunde ist die Versammlung durch die Polizei verboten worden.

Der große Saal war überfüllt. Nach Mitteilung des Verbois gingen die Versammelten ruhig auseinander. — Ein Trupp von mehreren Hundert Arbeitern der Ostbahn, der sich in geschlossenem Zuge nach der Versammlung bewegen wollte, wurde, ehe das Verbot im Versammlungsort bekannt war, von der Polizei auseinandergetrieben.

### Aus dem Reiche

Neben erst wenige Nachrichten vor. So ist es am Sonnabend in Nürnberg, am Montag in Hamburg zu größeren Ausständen gekommen. Aus dem Ruhrrevier wird gemeldet, daß auf einer Dampferreise nach und auf zwei Jochen des Dortmunder Reviers die Belegschaft gestern früh nicht eingefahren ist.

## Trotsky nach Brest-Litowsk.

Petersburg, 28. Januar. Der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten Trotsky ist in der vergangenen Nacht nach Brest-Litowsk abgereist.

Auf die Abreise bereitete eine indirekte Petersburger Meldung schon vor einigen Tagen vor. Es hieß, der Generalsekretär der Arbeiter- und Soldatenräte habe nach einem Referat Trotsky über die Friedensverhandlungen diesen neue Vollmachten für die Fortführung der Brest-Litowsker Besprechungen erteilt.

In einem Leitartikel über die „Friedensreden oder Friedensrat“ der Novembergenossen „Socialdemokraten“ den Bolschewiki, den Friedensabstufung nicht unwichtig in die Länge zu ziehen. Das Blatt führt fort: Die Bolschewiki kamen zur Macht, weil das russische Volk den Frieden wollte und in dieser Beziehung sich durch Kerenski getäuscht, ja betrogen fühlte. Sie erließen auch sofort eine Kundgebung über einen augenblicklichen Friedensabstufung. Sie schlossen auch einen Waffenstillstand ab, aber es scheint namentlich bei Trotsky Keimung zu bestehen, die Friedensverhandlungen in die Länge zu ziehen in der Hoffnung, daß die soziale Weltrevolution ausbrechen und einen sozialistischen Weltfrieden schaffen wird. Das ist eine gefährliche Phantasterei oder gefährliche Taktik. Ehrlicher russischer und deutscher Friedenswille könnten in Brest-Litowsk den Frieden bringen ohne Eroberungen und Enttäuschungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das naturnotwendig den Weltfrieden zur Folge haben würde, aber keinen sozialistischen Frieden. Das ist ein Phantastengebilde, denn gegenwärtig ist die Welt noch nicht sozialistisch und kann es auch nicht im Handumdrehen werden, sondern die demokratischen Friedenswörter sind der Friedensreden nahe. Was sie wollen, ist der Frieden und was sie erhoffen, ist, daß die Friedensverhandlungen, wenn sie in dieser Woche wieder in Brest-Litowsk aufgenommen werden, etwas mehr zum Ergebnis haben mögen, als glänzende Reden und mehrsprachige Telegramme.

### Türkisch-russische Verhandlungen.

Petersburg, 27. Januar. (Mentel.) Wie gemeldet wird, schreiben die Verhandlungen zwischen den russischen und türkischen Bevollmächtigten über die Einrichtung einer Dampfschiffahrtsverbindung zwischen russischen und türkischen Häfen, besonders zwischen Odessa und Konstantinopel, günstig fort.

## Die englische und amerikanische Presse zu den Berlin-Wiener Reden.

Ueberviegend Ablehnung.

Die englische Presse.

„Westminster Gazette“, des Organ Aquilids, sagt: Wir sind bestrebt, in einem so wichtigen Angelegenheit nichts zu übersehen und seinen Zweck Tagelange auszusprechen, aber wir können über die Rede im ganzen genommen zu keinem anderen Schluß als daß Herrling, mit deutschen Chauvinisten hinter ihm, das bestmögliche, die Tüte geschloffen zu halten die Exzerpts gewissermaßen zu öffnen sucht. Das ist nicht der Weg zu einer Liga der Nationen oder einem kollektiven Frieden, den wir finden und für den wir fortwährend mühen zu kämpfen. Unter diesen Umständen haben wir keine Wahl als fortzukämpfen und alle unsere Energie und Hilfsmittel der Fortsetzung des Kampfes zu widmen.

„Manchester Guardian“, das führende liberale Provinzialblatt, urteilt ebenso wie die „Londoner Daily News“ relativ optimistisch. Herrling verläßt sich lediglich auf Deutschlands militärische Lage, die, wie er sagt, niemals so günstig war. Österreichs Haltung ist sehr verschieden. Vor allem ist der Unterschied zwischen den österreichischen und amerikanischen Kriegszuständen nicht ein solcher, um eine Besprechung auszusprechen. Es besteht Uebereinstimmung nicht allein in den Hauptgrundfragen, sondern auch über einige konkrete Fragen. Bei der Beurteilung dieser Erklärung müssen wir uns erinnern, daß Wilson die italienische Ansprüche, sowohl sie auf Nationalität gegründet sind, ausdrücklich unterstützt. Österreich-Ungarn lehnt diese Ansprüche nicht vorweg ab, sondern schlägt einen Ausnahmefall der Ansicht vor, der der Ausgangspunkt für eine persönliche Aussprache zwischen allen Kriegführenden sein soll.

„Observer“ führt aus: Auf den von Graf Hertling ausgehenden Weg kann jetzt oder schließlich kein Frieden sein. Die Rede war tatsächlich herausfordernd und kriegerisch bis zu einem Grade, der hauptsächlich Deutschlands Lage und dessen künftige Aussichten unangenehm erhellte.

„Wall Street Gazette“ wirt Deutschland und Österreich in einen Topf: Obgleich Czernin den Distanz und Hertling den Paß spielt, besteht vollkommene Harmonie in der beiderseitigen Wiedergabe. Beide Mächte weigern sich, ihre eigenen Verbündeten entgegenzusetzen und jede Verspottung ihrem Mitspieler beizubringen. Deutschland bietet keine Verpflichtung Belgien gegenüber an und lehnt die Rückgabe von Elsass ab. Österreich-Ungarn nimmt gegenüber Italien und Serbien dieselbe Haltung ein. Uns bleibt nur der Drang nach einem vollständigen Sieg.

„Miles“ sagt ebenfalls: Es sei nicht schwierig zu erkennen, daß die Reden des Reichskanzlers und des österreichischen Ministers des Reichs in engen Beziehungen stehen. Es liegt nun an Lloyd George, das so verächtlich zurückgewiesene Angebot reiflich zurückzugeben und, wenn er überhaupt noch Bedingungen erklären muß, jene aufzustellen, die Deutschland zu erwidern hat, wenn die Sache bis zum künftigen Ende geführt worden ist.

Die amerikanische Presse.

Die New Yorker Morgenblätter bezeichnen allgemein Graf Hertlings Rede als unaufrichtig und anmaßend, sehen aber in der Rede des Grafen Czernin eine noch größtenteils Lehrentscheidung.

## Geringere Artillerietätigkeit im Westen — Am Col del Rosso heftigster Artilleriekampf — Heftige Infanteriekämpfe zwischen Brenta und Asiago.

Kritisch. Großes Hauptquartier, 28. Januar 1918. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Beclaere wurden bei einem Erkundungsvorstoß 17 Engländer, darunter 1 Offizier, gefangen.

Die Artillerietätigkeit war fast an der ganzen Front gering, lebhafter an einzelnen Stellen in der Champagne und im Maasgebiet.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden dauern seit gestern nachmittag Artilleriekämpfe an, die sich bei Tagesanbruch im Gebiet des Col del Rosso zu größter Heftigkeit steigerten.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

### Abendbericht.

Berlin, 28. Januar 1918, abends. Kritisch. Zwischen Asiago und der Brenta sind mit italienischen Angriffen heftige Kämpfe entbrannt. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

### Der österreichische Bericht.

Wien, den 28. Januar 1918. Kritisch wird verlautbart:

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden steigerten sich die Artilleriekämpfe zeitweise zu größter Heftigkeit.

Der Chef des Generalstabes.

„Tribune“ sagt: Der Frieden, den die deutsche Regierung verlangt, ist ein Frieden, der es Deutschland ermöglicht, den größten Teil seiner gegenwärtigen Eroberungen zu behalten. Die Rede des Anglers ist zu sehr von oben herab, zu sophistisch, um ansehnlich zu klingen. Die richtige Antwort auf Herrlings Vorschläge kann nicht von den Kabinetten, sondern muß im Feld gegeben werden.

Auch der „New York Herald“ beschuldigt die Rede, die für die Front bestimmt sei, der Unaufrichtigkeit, begrüßt aber diesen Ausdruck von Chauvinismus als ausgezeichnetes Mittel, den gedanklosen Vertretern eines vorzeitigen Friedens in allen Ländern die Verantwortung Deutschlands in ihrer unerwünschten Höhe zu geben.

„New York World“ sagt dagegen: Herrlings Rede zeigt ein anderes Deutschland als das vom vorigen Jahr bei der Ankündigung der unbeschränkten Unerbittlichkeit. Anders wie sein Vorgänger, spricht Graf Hertling über den Frieden nicht mehr in Ausdrücken vom deutschen Sieg. Das Deutschland, das durch ihn spricht, geht nicht mehr auf die Kriegslinie, indem es sich zum Eroberer Europas aufstellt, es ist ein Deutschland im Verteidigungszustand nach innen sowohl wie nach außen.

„New York Times“ sagt: Graf Czernin braucht eine Sprache, wie sie von einem Staatsmann, der bereit ist, sehr weit zu gehen, um den Frieden die Tore zu öffnen, erwartet werden kann. Herrlings Rede ist lediglich eine Wiederholung deutscher Anmaßung.

### Türkei und Ukraine.

Aussprache über die zukünftigen Beziehungen.

Konstantinopel, 21. Januar. Die Telegraphen-Agentur Nissi meldet: Die türkischen Delegierten in Brest-Litowsk hatten am 17. Januar eine private Zusammenkunft mit den Ukrainern.

Redem man an die alten historischen Beziehungen erinnert hatte, die die beiden Länder verknüpfen, und festhielt, daß man sich nicht als Kriegsverwunde, sondern als alte Freunde gegenüberüber, wurde in die Erörterung der in den Friedensverträgen mit den Ukrainern aufzunehmenden Fragen eingetreten. Es wurde festgesetzt, daß wenn die politischen Beziehungen mit Rußland und der Ukraine wiederhergestellt sein würden, ein Vertrag mit der Ukraine geschlossen werden könne, sobald der Friedensvertrag seine endgültige Form erhalten und die Verbindungen der Türkei diese Voraussetzung stellen würden, und daß es für die Türkei durchaus wichtig sei, die politischen Grenzen der Ukraine zu kennen. Dem erst nach Aufklärung dieses Punktes werde man über die das Schwarze Meer bezüglichen Fragen sprechen können.

Die osmanische Delegation erklärte, daß eine sofortige Antwort auf die gefällten Fragen nicht dringlich sei und daß die Ukrainer sie in voller Ruhe studieren und mit sich darüber zu Rate gehen könnten, um zu sehen, ob auch sie Fragen aufzuwerfen haben.

Der erste Delegierte der Ukraine antwortete hierauf im Namen der Delegation, daß die Ukrainer damals, als die Ukraine noch mit dem russischen Kaiserreich einseitig verbunden war, sich zu wiederholten Malen auf dem Schlachtfeld mit den Türken gemessen hätten, daß aber diese Kämpfe keine Feindschaft gegen die Türkei geseht, sondern vielmehr in ihnen Gefühle der Bewunderung für den Mut und die Tugenden der Türken wachgerufen hätten. Dem jetzigen Augenblick messe die Ukraine besondere Bedeutung bei, denn er bedeute die Grundregelung für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern und sei geeignet, das Einvernehmen zwischen ihnen herzustellen und aufrichtige Freundschaftsbände zu verknüpfen. Die rechtliche Lage der Ukraine in ihrem Verhältnis zu Rußland sei noch nicht vollkommen geklärt. Die Grenzen zwischen der Ukraine einerseits und Deutschland und Österreich-Ungarn andererseits könnten in Brest-Litowsk geregelt werden. Dagegen seien die Grenzen zwischen Rußland und der Ukraine, wenn auch bis zu einem gewissen Punkt fixiert, doch nicht endgültig festgesetzt. Was die Seekräfte im Schwarzen Meer betreffe, so sei es, obwohl sie heute einzig und allein der Ukraine gehörten, nicht möglich vorauszusetzen, wenn sie künftig unterstehen würden.

Die osmanischen Delegierten dankten dem Redner für die den Türken bezeugten freundschaftlichen Gefühle und betonten die Notwendigkeit, gewisse Gesichtspunkte und Vorbehalte zu formulieren. An den westlichen Grenzen der Ukraine sei die Türkei nicht unmittelbar interessiert, dagegen müßte sie die östlichen und südlichen Grenzen kennen lernen, um zu wissen, wer ihr Nachbar im Schwarzen Meer

sei. Sie erjuchten um Aufklärung über diesen Gegenstand und nahmen gern Kenntnis von der Erklärung, daß die Schwarze-See-Flotte der Ukraine untersteht. Sodann wurde festgesetzt, daß die perische Frage nicht in die Einflussphäre der Ukraine gehört. Was die Darbanelen-

frage betrifft, so besaule die ukrainische Delegation, daß sie ausschließlich die Türkei angehe und daß sie diesbezüglich nichts Endgültiges sagen könne. Die Frage müßte von der Regierung studiert werden, die sie betreffe. Bei dieser Gelegenheit würden die Schwarzsee-Flotte und die

Frage der freien Durchfahrt durch das Schwarze Meer

zur Erörterung gelangen. Andere neue Fragen würden wahrscheinlich hinzukommen. Für die Ukrainer müßten diese Fragen ein Prüfstein für die Freundschaft und die Sympathien bilden, die zwischen den beiden Ländern bestehen.

Die osmanischen Delegierten erklärten, daß das Recht der freien Durchfahrt für Handelschiffe in Friedenszeiten gewährt werden würde; daß jedoch die Türkei in Kriegszeiten naturwüchsigerweise zu jenen Verteidigungsmitteln greifen würde, die zum Schutze der osmanischen Hauptstadt sich als erforderlich erweisen würden. Sie fügten hinzu, daß, da es unmöglich sei, die Räumung der von den Russen während des Krieges besetzten osmanischen Gebiete als *conditio sine qua non* des Friedens zu betrachten, es für die osmanischen Delegierten von großem Wert wäre, die Beziehungen zwischen der Ukraine und dem Kaukasus

bestehen.

Die ukrainischen Delegierten erwiderten, daß diese Beziehungen freundschaftlich und aufrichtig Natur seien, daß sie aber kein Interesse an der künftigen Organisation dieses Gebietes hätten und nicht wüßten, mit wem und wie der Kaukasus seine künftigen Beziehungen und wie er sein inneres Leben einrichten werde.

## Die Petersburger Regierung

bricht mit Rumänien.

Petersburg, 28. Januar. Nach einem Petersburger Funkpruch hat die Petersburger Regierung alle diplomatischen Beziehungen zu Rumänien abgebrochen. Die rumänische Gesandtschaft wird auf dem kürzesten Wege ins Ausland abgeschoben.

Der Goldschatz Rumäniens, der in Moskau liegt, wird als unantastbar für die rumänische Oligarchie erklärt. Die Kaiserregierung übernimmt für die Aufbewahrung dieses Goldes und für die Uebergabe an das rumänische Volk die Verantwortung.

General Escherbatschew wird als außerhalb des Geschehes stehend erklärt.

Basel, 28. Januar. („Zf. Jg.“) Aus Odessa wird berichtet, daß rumänische Abteilungen und ukrainische Kosaken die Befestigung von Iugheni entworfen und die Mitglieder des dortigen Sowjets verhaftet haben. Nach einer Uebersetzung aus Kiew haben rumänische Truppen Tschikow umzingelt. Die Stadt wird durch Artillerie beschossen. Die Verluste der Rumänen wie der Bolschewiki sind sehr hoch.

„Kaspi Wjedomosti“ meldet: Die rumänische Regierung habe die nötigen Maßregeln ergriffen, damit die russischen Truppen das rumänische Gebiet räumen. Diese Maßnahmen erfordern sich jedoch nicht auf die ukrainischen Truppen der Rada. Wie Havas aus Petersburg meldet, haben die Maximalisten Arbeiter von der Front genommen, um sie gegen Kiew zu verwenden.

### Handelsverstaatlichung in Rußland.

Petersburg, 27. Januar. (Mentel.) Die freiwillige Flotte und die Handelschiffahrtsgesellschaften Rußlands werden verstaatlicht und der Leitung der revolutionären Matrosenvereinigungen unterstellt. Das Kapital der Gesellschaften wurde beschlagnahmt.

## Der Bürgerkrieg in Rußland.

Die Lage in Finnland.

Stockholm, 28. Januar. (Meldung von Svenska Telegrambyran.) Seit gestern vormittag ist die telegraphische Verbindung zwischen Stockholm und Petersburg unterbrochen. Die finnländische Uebergangsstation Nyttad signalisiert, daß die Rote Garde die Linien abgebrochen hätte. Auch mit Finnland besteht keine Verbindung.

Man erzählt über Petersburg und Kobarsanda, daß vollständige Anarchie in Finnland herrsche, dessen Unglück noch dadurch vermehrt worden sei, daß die russische Bolschewiki-Regierung erklärt habe, sie sei genötigt, ihren Grundregeln gemäß die finnländischen Revolutionäre im Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft zu unterstützen.

Die Kämpfe in der Ukraine.

Ueber die Kämpfe in der Ukraine meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur vom Sonntag Fortschritte der Bolschewiki: Der Volksbeauftragte Antonow gibt bekannt, daß die Städte Kremenschna, Nemodan und Putiwil sich in den Händen der Bolschewiki befinden. Bei Bachmatich finden Kämpfe statt. Bei Aleksandrowsk ergaben sich 14 Abteilungen Kosaken nach einem Gefechte mit bolschewistischen Truppen. In Sewastopol wurden die Behörden der Sowjets anerkannt. Einige Seestreitkräfte der Rada stellten sich auf die Seite der Sowjets. Die Tataren wurden bei Jalta zurückgeworfen und bei Theodosia geschlagen.

Das ukrainische Bureau meldet vom 28. Januar aus Stockholm: Die russischen Offiziere, welche durch die Militärreform der Bolschewisten zu gemeinen Soldaten degradiert wurden, fliehen in Massen in die Ukraine und treten in die ukrainische Armee ein.

Die „Wiener Neue Freie Presse“ meldet aus Lemberg: Das ukrainische Parteiorgan „Dilo“ erhält von der russischen Grenze die Nachricht, daß bei Lud zwischen ukrainischen und bolschewistischen Truppen mit großer Erbitterung gekämpft werde. Der Angriff sei von den Ukrainern ausgegangen, die sich bei dem Besitze der Bolschewisten befindlichen Stadt Lud bemächtigen wollten. Der Kampf dauere bereits mehrere Tage. Der Kommandant der Bolschewisten habe sich an den Kommandanten der in diesem Frontabschnitt stehenden österreich-ungarischen Batterien mit der Bitte um Hilfe gewandt. Der Aufforderung sei jedoch keine Folge geleistet worden.

Nach einer Havasmeldung aus Odessa wird zukünftig eine revolutionäre Militärkommission die Geschäfte der Stadt leiten. Die Kommission besteht aus Vertretern des russischen Zentralkomitees, der rumänischen Front, mehrerer Kriegsschiffe, der Arbeitlosen und der maximalistischen Organisation. Die Meldung sagt hinzu: Man wird alle Güter der Reichen konfiszieren, um sie den Arbeitlosen zu geben.

Die „Frankfurter Zeitung“ erzählt aus Wien: Vor zwei Wochen fanden in Scharan, Jedynze, Wetz und Odingo sowie anderen Kleinstädten Mittel- und Südbanabiens große Pogrome statt, die

von der dortigen rumänischen Bevölkerung verhaftet wurden. Größere Banden, die vielfach Soldatenuniformen angelegt hatten, haben am helllichten Tage die Judenquartiere überfallen und völlig ausgeraubt. In einigen Fällen wurden Juden getötet, in den meisten Fällen aber schwer mißhandelt. In Suchara selbst soll es 25 Tote gegeben haben. Infolge der vollkommen ungenügenden Sicherheitsverhältnisse haben die Juden in diesen Städten eigene Milizen gebildet, die erfolgreich den plündernden Banden entgegenzutreten.

**Polenlegionäre gegen russische Truppen.**

Aus Petersburg meldet Reuters: Polnische Legionäre — also Truppen der in Rußland gebildeten polnischen Legion — besetzten die Station Orsha im Gouvernement Mohilew und entwaffneten die russische Garnison. Ebenso besetzten sie die Stationen nordlich und südlich von Orsha, wo sie die russischen Posten entwaffneten. Das Vorgehen erfolgte, weil die Polenkommisare die Leiter der polnischen Militärvereinigungen verhaftet hatten.

Aus Stockholm meldet Telumant: Am vergangenen Freitag vor-mittag um 11½ Uhr kam auf die Kommandatur des obersten polnischen Militärkomitees an der Petrowski Linje Straße in Moskau eine Abteilung der Roten Garde und russische Soldaten der Kosak-Garnison und legte den amvisenden polnischen Komiteemitgliedern Podgorski, seinem Adjutanten Pisarski und dem Quartiermeister Domnarewicz einen Verhaftungsbefehl des Kommandanten des Moskauer Militärbezirks Murawiew vor. Der General des polnischen Mates Dotur war nicht anwesend und wird gesucht. Die Verhafteten wurden zunächst ins Bureau der Postinspektion gebracht, und von dort nach dem Gefängnis in der Longanka überführt. Es handelt sich nicht etwa um polnische Legionäre, sondern um polnische Regimenter, die (nach Ausschließung aus den russischen Regimentern) unter der eigenen Nationalfahne getrieben worden sind.

Ueber die Vorgänge bei Salaj, die zum Abbruch ruffischer Truppenteile zu den Verbündeten führten, wird aus Petersburg weiter gemeldet, daß die Kämpfe zwischen der 11. und Teilen der 10. Kavallerie Division und den Rumänen auf der Höhe westlich von Salaj immer noch andauern. Auf rumänischer Seite nehmen dabei schwere Artillerie und bei Salaj auch drei Miniere teil. Die russischen Stellungen von der Bahn Braila—Salaj bis zum Serethbogen östlich von Nicolai bleiben unbefestigt. Ein befestigter Punkt an der Bahn ist von den Rumänen besetzt worden, deren Posten sich gleichzeitig im Serethbogen festgesetzt haben.

**Die Volkshewiken gegen die Sozialrevolutionäre.**

Basel, 28. Januar. Das meldet aus Petersburg: Am 21. Januar wurden alle Mitglieder des sozialrevolutionären Komitees von Moskau und des sozialrevolutionären Komitees der Provinz Moskau gefangen gesetzt.

**Thomas gegen das Kabinett Clemenceau.**

Genf, 28. Januar. In einer Rede in der Alhambra zu Bordeaux griff Albert Thomas die Regierung heftig an sowohl wegen des Caillaux-Skandals als auch wegen ihrer verfehlten russischen Politik. Thomas verlangte eine einheitliche diplomatische Aktion der Alliierten.

Paris, 28. Januar. In dem Bericht an den sozialistischen Abgeordneten Cochin, eine öffentliche Versammlung seiner Wähler im 18. Arrondissement von Paris abzuhalten, erklärt dieser in der „Humanité“, der tatsächliche Grund sei, daß die Rektionäre nicht wollten, daß die Republikaner mit den Wählern in Fühlung träten, weil sie befürchteten, daß die Lügen zerkrümelten würden, mit denen man das unglückliche Frankreich einlulle. Clemenceau habe sich widerstandslos auch in dieser Sache vor der Reaktion gebeugt.

**Der Krieg auf den Meeren.**

Berlin, 27. Januar. Neue U-Bootsfolge im Sperrgebiet um England:

**20000 B. R. T.**

Ein großer Teil der Schiffe, die weit bewaffnet waren, wurde unter erheblicher feindlicher Gegenwirkung vor dem St. Georgskanal vernichtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

**„Sultan Javus Selim“ kampffähig.**

Konstantinopel, 28. Januar. Der türkische Panzerkreuzer Sultan Javus Selim (Goeben) ist gestern hier eingelaufen. Das Schiff ist völlig verwendungsbereit. Auch die zahlreichen feindlichen Hintergriffe haben dem Schiffe lediglich durch zwei kleine Bombentreffer unbedeutende Beschädigungen an Schornstein und an der Reeling verursacht.

**Englischer 13000 Tonnen-Dampfer torpediert.**

London, 28. Januar. (Reuters.) Der Cunarddampfer Andania (13405 Tonnen) mit 40 Passagieren und 200 Mannschaften wurde auf der Anreise an der Norderküste torpediert. Alle konnten sich in die Boote retten und wurden nach einer Stunde geborgen. Man hofft, den Dampfer in den Hafen bringen zu können.

**Kleine Kriegsnachrichten.**

Der ehemalige Diktator Gaites, der als Präsident von Venezuela einmal den mächtigsten Weltreichen die Stirne bot, hält sich als Verbannter auf Trinidad auf, und die englische Regierung hat ihm mitgeteilt, daß sie seine Anwesenheit auf englischem Gebiet nicht länger erlauben könne. Er verzögerte darauf, sich nach Frankreich einzuschiffen, doch die französische Regierung telegraphierte, daß sie ihn als ungewünschten Fremden ansehe. In New York, wo Gaites sich eine Zeitlang aufhielt, erhielt er gleichfalls eine feindliche Behandlung. Er versucht nun, nach Italien zu kommen.

Die Schiffsmot Frankreichs. „Matin“ meldet aus Marseille: Die französische Regierung beschlagnahmt vom 1. Februar ab alle im Hafen von Marseille liegenden Schiffe. Die Überlebensdampfer sowohl wie die Post- und Frachtdampfer haben keine feststehenden Linien mehr, sondern werden je nach Bedarf verwendet. Der Postdienst wird verändert und herabgesetzt.

Der Aufstand in China. Peking, 27. Januar. (Draht.) Die Rebellen im Süden zeigen sich noch tätig und nehmen Hoch und Nieder im Gebiet um Hangtsekiang. Die Post breitet sich jenseits der großen Mauer in Richtung auf Taiyuan aus.

**Die Herrenhausvorlage vor dem Ausschuss für Fürsten, Prinzen, Adelsrechte — am 28. Januar 1918!**

Eine ungeheure Spannung liegt über dem Volk. Die Wahlrechtsbeerdigungskommission des Dreiklassenhauses läßt sich dadurch nicht aus der Fassung bringen. Während das Volk mit höchster Energie seine Gleichberechtigung im Staate fordert, ruht die Kommission endlose Debatten über die Rechte — der Fürsten und Prinzen auf Verrückung im Herrenhaus, für dessen „Reform“ die Durchberatung der Wahlrechtsvorlage ja um mehrere Monate hinausgezögert werden mußte! Soll man lachen oder weinen, wenn man sieht, daß am gleichen Tag, an dem Hunderttausende von Arbeitern die Fabriken verlassen, folgende Haupt- und Staatsfragen in der Dreiklassenhauskommission breitgetreten wurden:

Ob der Kronprinz ohne weiteres Mitglied des Herrenhauses sein solle?

Ob den übrigen Prinzen des königlichen Hauses die lebenslängliche Mitgliedschaft gebühre?

Ob diese auch dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen zuzubilligen sei?

Und dito den Anno 1866 depossedierten Fürstenhäusern sowie dem Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg?

Ob man den gleichen Trost der Reichsständischen Fürstenhäusern gewähren solle, die schon bei dem großen Auskehren von 1803 ihre Miniaturländchen verloren?

So geht es weiter. Man kommt zu den „Lebenslänglichen“: 24 Vertreter der Fürsten, Grafen und Herren, 10 Vertreter der vormals reichsständischen Familien! Weiter zu den „Präsentierten“: 3 Tausend Vertreter des alten und gefestigten Großgrundbesitzes, 3 Tausend Vertreter der Großindustrie und des Großhandels! Und so fort! Nur vom Volke, vom Volke ist mit keinem Sterbenswörtchen die Rede. Hier gilt nur das „historisch Gewordene“ verordnet Minister Driess. So knabbert man weiter am „historisch Gewordenen“ in dumpfer Dämmerung. Das preussische Volk ist noch nichts „historisch Gewordenes“. — Dafür aber lebt es!

Es liegt ein konservativer Antrag vor, daß der der Krone am nächsten lebende volljährige Agnat (Kronprinz) stets zum Herrenhause berufen werden müsse. Ferner beantragen die Konservativen die lebenslängliche Mitgliedschaft der Prinzen des königlichen Hauses, des Fürsten von Hohenzollern, des Chefs der im Jahre 1866 depossedierten Häuser, den Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg sowie der Häuser der nach der deutschen Bundesakte vom 8. Juli 1815 zur Ständeschaft berechtigten vormalsigen deutschen reichsständischen Häuser im Preussischen Herrenhause.

Minister des Innern Dr. Driess erklärt, daß die Regierung sich definitive Stellungnahme vorbehalten müsse. Ein Fortschrittler begründet den Antrag, daß die genannten Kategorien nicht auf Lebenszeit, sondern auf 12 Jahre dem Herrenhause angehören sollen. Da die erste Nummer nicht aufgelöst werden kann, muß wenigstens die Möglichkeit einer gewissen Erneuerung geschaffen werden. Es kommt auf die Gliederung der Gegenwart, nicht der Vergangenheit an. Der Redner wendet sich ferner gegen die Behauptung der „Deutschen Tageszeitung“, die ihm und seinen Freunden den Vorwurf des Republikanismus machte. Minister Dr. Driess erwidert nochmals den konservativen Antrag. Es liegt zwar keine rechtliche, wohl aber eine historische begründete Sonderstellung vor, und dem Frage der Antrag Rechnung. Andererseits räume er dem König das Recht der Vertretung ein.

Die Abstimmung über den Paragraphen wurde ausgeführt. Der § 3 der Vorlage zählt den Kreis derjenigen Personen auf, die

**lebenslänglich in das Herrenhaus**

berufen werden sollen, und zwar 10 Vertreter der vormaligen Reichsstände, 24 Vertreter der Fürsten, Grafen und Herren, und 30 Mitglieder solcher Personen, die seit mit erblicher Berechtigung dem Herrenhause angehören. Die Fortschrittler beantragen, die hier genannten Personen gleichfalls nur auf 12 Jahre zu berufen. Ein Fortschrittler erklärt, seine Partei bekämpfe das Prinzip der lebenslänglichen Berufung. Ein großer Teil des Widerspruches gegen das Herrenhaus beruhe auf der Erwägung, daß so viele Leute auf Grund langjähriger Vorrechte in die erste Kammer gekommen sind. — Dielem Antrag schlossen sich die Nationalliberalen und Freikonservativen an, während die Konservativen und das Zentrum ihn bekämpften. Schließlich wurde die Frage eines im Unterausschuß überwiesen.

**Rath § 4 sollten**

**auf Grund von Präsentalio**

in das Herrenhaus berufen werden: 1. 36 Bürgermeister größerer Städte für die Dauer der Amtszeit; 2. 36 Weiber von ländlichen Grundbesitzern in einem Umfange von mindestens 100 Hektar, die sich zurzeit der Präsentalio bereits 30 Jahre im Besitze ein und derselben Familie befinden, für die Dauer der Amtszeit; 3. 36 Vertreter großer Unternehmungen der Industrie oder des Handels für die Dauer der Vertretung dieser Stellen.

Hierzu liegt eine große Reihe von Anträgen vor. Die Fortschrittler beantragen die Erhöhung der Handelskammervertreter von 36 auf 72 Mitglieder. Ein Konservativer verlangt, daß im Herrenhause auch 36 Bürgermeister kreisangehöriger Städte für die Dauer der Amtszeit, und 36 Landbürgermeister, Amtmänner und befolgte Vorsteher von Landgemeinden, gleichfalls für die Dauer der Amtszeit. Die Fortschrittler wollen die Vertretung des kleinen und großen Grundbesitzes so teilen, daß auf den Großgrundbesitz 24, auf den Kleingrundbesitz 48 Vertreter kommen.

Auf die Anträge des Berichterstatters gab der Bundesminister Auskunft. Industrie und Handel verstanden viel der Lastrast energischer Vertretlichkeiten. Die Anwesenheit dieser Männer im Herrenhause liegt im Interesse der gesamten Industrie und des gesamten Handels. Die Handelskammern sollen keineswegs zurückgesetzt werden, dabei müssen aber auch die Interessen der Mittel- und Kleinbetriebe zum Ausdruck kommen. Es werde auch dafür gesorgt werden müssen, daß der Kleinhandel eine Vertretung findet.

Ein Fortschrittler weist auf die zahlreichen Petitionen hin, die durch den Gehanten des berufsständischen Systems hervorgerufen sind, und diesen Gedanken als unangenehm erscheinen lassen. Die Präsentation der Großstädte würde statt vergrößert, erhöht werden. Ein Nebengewicht des Großgrundbesitzes dürfte nicht zugelassen werden. Ein Nationalliberaler schlägt sich diesen letzteren Ausführungen an. Minister Driess begründet die

**Bevorzugung des Großgrundbesitzes**

mit dessen Bedeutung und dem historisch Gewordenen. Die Einräumung einer besonderen Vertretung des kleinen Grundbesitzes würde das System des Entwurfs durcheinander bringen.

Ein Konservativer spricht sich für berufständische Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses aus. Ein Nationalliberaler wendet sich dagegen, daß etwa die Vertreter der Städte von den Provinzialparlamenten gewählt werden sollen.

Nachdem noch ein anderer Konserbaktiver sich für Berufständisches Abgeordnetenwahlrecht ausgesprochen, und Minister Driess die vorgesehene Stadterweiterung damit beantwortet hatte, daß sie an die Stelle des individuellen Rechts einer einzelnen Stadt die Auswahl der Richtigsten durch die Städte setze, wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

**Reventlow.**

Wir bitten um Entschuldigung für diese Namenszusammenziehung. Bitter die Tatsache, daß Graf Reventlow für Herrn Lehn Propaganda macht, verdient immerhin gewisse Beachtung. Graf Reventlow ist im allgemeinen kein Freund des Judentums. Sein neuesterfundenes Schimpfwort für seine Gegner lautet „Aljuden“. Mit diesem Wort bedient er alle, die nicht Ad-dentige sind. Nächst wurde sogar Troski von ihm Aljude tituliert. Graf Reventlow wirft Troski nämlich vor, nicht genügend russifiktional zu empfinden. Aber aus welchem Grunde? Etwas weil Troski Eroberungen für Rußland ablehnt? Nein, sondern weil Troski nicht die deutschen Friedensbedingungen widerspruchslos herunterzuschlucken will. Ein All-russe darf nämlich konsequenterweise nach Graf Reventlow — sich vor nichts anderem leiten lassen, als von dem Friedensbedürfnis des russischen Volkes! Wenn Troski sich gegen einen „Schwachs-frieden“ sträubt, so berücksichtigt er — immer nach Reventlow — das Friedensbedürfnis des russischen Volkes nicht genügend, ist daher — „Aljude“. So Graf Reventlow. Man müßte daraus logischerweise folgern, daß auch Graf Reventlow, der sich ja herzlich wenig um das Friedensbedürfnis des deutschen Volkes kümmert, weniger Aldeutscher als vielmehr gleichfalls Aljude ist.

Offenbar aus diesem Grunde rührt jetzt Graf Reventlow auch die Kellametroffel für Prof. Dr. Hermann Lehn. Dieser hat nämlich eine Propagandaschrift für den U-Boot-Krieg „Der Sinn des U-Boot-Krieges“ verfaßt, den er als eine Art vom Himmel verhängtes Straf- und Säuggericht über Großbritannien feiert. Hätte Prof. Lehn gegen den U-Boot-Krieg geschrieben, so wäre Graf Reventlow wohl zehnmal über den Namen des Verfassers gestolpert. Aber das Gute nimmt man, wo man es trifft.

**Der manchesterliche Hansabund.**

Der Hansabund hat, wie er selbst es ausdrückt, den Kampf gegen den für die Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung immer bedrohlicher werdenden Staatssozialismus aufgenommen. In diesem Zweck stellt sein Präsidium „Richtlinien“ auf, in denen es heißt:

„Der Hansabund wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß auch in Zukunft die Eigenwirtschaft die feste und sichere Grundlage unserer Gesamtwirtschaft bleibe. Es ist ein Lebensinteresse des Staates und der Gesamtwirtschaft, den freien und selbständigen, zur Vertiefung der Fort-bildungen auch des Gemeinwohls durchaus geeigneten und gewählten Privatbetrieb zu erhalten, der auch den richtig verstandenen Interessen der Arbeiter Rechnung trägt. Im Interesse der dringend erforderlichen Entfesselung aller produktiven Kräfte, der Wiederherstellung des Mittelstandes und der Freizügigkeit sowie des Emporkommens der Angestellten zu selbständigen Unternehmern wird daher der Hansabund jede Zwangswirtschaft aufs schärfste bekämpfen, welche zur Ausschließung und Beschränkung des freien Handels auch in der Friedenswirtschaft und zur Bevormundung von Industrie, Gewerbe und Handwerk führt und führen muß.“

Von den manchesterlichen Lehren aus der Zeit des Freihandelsmoralismus unterscheidet sich die Hansabunddoktrin höchstens dadurch, daß sie nur noch den Angestellten, nicht mehr den Arbeitern mit der Möglichkeit des Aufstiegs zu selbständigen Unternehmern winkt. Aber auch die Angestellten sind längst eine Rassen-schicht geworden, die sich mit dem ewigen Ungeheuer abfinden muß. Mit den gerühmten Vorzügen des Privatbetriebes steht es ähnlich wie mit den berüchtigten Kriegs-erfahrmitteln. Sie sind nacheinander — aber nur für ihre Zuhörer!

Eine Riesenkundgebung der Dortmunder Sozialdemokratie fand am Sonntag in dem großen Saale des „Ardenbaum“ statt. Die äußere Veranstaltung war ein lächerlicher Angriff der nationalliberalen „Dortmunder Zeitung“ auf die Sozialdemokratie. Am vorausgegangenen Sonntag war es in einer Versammlung der Vaterlands-partei zu Zwischenfällen gekommen. Diese Vor-fälle schloß die „Dortmunder Zeitung“ der sozialdemokratischen Parteileitung in die Schuhe. Dabei hatte die Parteileitung von den Vorgängen erst durch die bürgerliche Presse erfahren. Um diesen Angriffen entgegenzutreten, wurde eine Versammlung einberufen. Obwohl diese erst am Sonntag beabsichtigt werden konnte, war der Riesensaal des „Ardenbaum“ schon vor der ange-setzten Zeit überfüllt. Mehr als 4000 Personen waren im Saale und ebensowenig fanden ihnen Einlaß mehr. Eine Entschädigung, die eben Frieden der Verhandlung und die baldige Erledigung der Wahlrechtsvorlage im Sinne der sozialdemokratischen Forderungen verlangt, wurde einmütig angenommen. Gegenüber den 700 Mann, die in der Vaterlands-partei als „taunende Dortmunder Bürger“ den Reichstangler und Hindenburg antelegraphieren liegen, war die Versammlung eine weltliche Volkskundgebung, wie sie in Dortmund seit den großen Wahlrechtsdemonstrationen nicht wieder stattgefunden hat.

Die „Deutsche Zeitung“ verbietet. Das Erscheinen der „Deutschen Ztg.“ ist durch Verfügung des Oberkommandos in den Marken auf Grund der Ausführung in dem Artikel „Graf Hertling bietet um neue Friedensbedingungen“ zunächst auf die Dauer von drei Tagen verboten worden.

**Letzte Nachrichten.**

**Zuchthaus für Abwurf feindlicher Aufrufe.**

Berlin, 28. Januar. Die am 17. Oktober 1917 südoestlich Cambrai abgeschossenen Inzassen eines Flugzeuges der 11. Squadron, Leutnant Scholz und Leutnant Wodde, sind am 1. Dezember vom Gericht einer mobilen deutschen Gruppenkommandantur wegen Abwurfs feindlicher Aufrufe noch Bekanntmachungen auf Grund von § 38 Ziffer 9 in Verbindung mit § 169 des Militärstrafgesetzbuches zu je 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

**Ukrainische Vermittlungsdelegation in Petersburg.**

Basel, 28. Januar. Nach einer Savasmeldung aus Boris berichtigt die „Nowaja Schien“, daß eine Abordnung von 13 ukrainischen in Kiew stationierten Einheiten in Petersburg eingetroffen ist, um als Vermittler zwischen der Rada und dem Komitee der Volkskommissare vorzugehen.

**Kampf um Helsingfors.**

Stockholm, 28. Januar. Der Bahnhof von Helsingfors befindet sich in den Händen der Roten Garde. Der Eisenbahnvorsteher und mehrere Beamte sind getötet worden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Wie Lohnverbesserungen durch Arbeitswechsel verhindert werden.

Als „wichtiger Grund“ zur Erteilung des Abfahrtscheins wird in § 9 des Hilfsdienstgesetzes eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen angeführt. Da der Arbeiter den Nachweis der Verbesserung zu führen hat, wird ihm in der Regel der Arbeitswechsel nur ermöglicht durch eine Bescheinigung des zukünftigen Arbeitgebers über die Höhe des Lohnes. Legt ein Unternehmer (was bei dem Mangel besonders an gelerntem Arbeiter oft vorkommt) Wert darauf, den Arbeiter zu behalten, muß er sich ebenfalls zu einer Lohnzulage verstehen. Die Lohnbescheinigung ist deshalb auch für das Unternehmen von Bedeutung. Gerade deshalb aber macht es alle Künstrengungen, um den Arbeiter diese Waffe zu entwinden. Einmal wirkt sie auf den Arbeitswechsel und zum anderen auf die Steigerung der Löhne ein. Die praktische Wirkung für den Arbeiter im Falle der Verweigerung durch die Unternehmer ist eine weitere Einengung der Freizügigkeit und die Verhinderung besserer Verdienstmöglichkeiten. Wie ein großes Netz auf dieses Ziel hinarbeitet, zeigt ein Mias des Sinnes-Werkes „Dortmunder Union“, den unser Dortmunder Parteiblatt zu veröffentlichen in der Lage ist. Er lautet:

Von besonderer Seite sind wir darauf aufmerksam gemacht, daß unter den Arbeitnehmervertretern im Schlichtungsausschuß die Ansicht besteht, die „Union“ läßt auf andere Unternehmer einen unzulässigen Druck aus, um diese zur Zurücknahme von Lohnbescheinigungen zu veranlassen. Diese Auffassung ist darauf zurückzuführen, daß in den Verhandlungen häufiger die Vertreter unserer Werke erklärt haben, wir könnten mitteilen, daß die den Arbeitern ausgesetzten Lohnbescheinigungen zurückgezogen seien. Es ist zweckmäßig, wenn solche Erklärungen in Zukunft unterbleiben. Es muß vielmehr darauf hingewirkt werden, daß die in Frage kommenden Firmen ihre Lohnzusicherungen gegenüber dem betreffenden Arbeiter zurückziehen und ihrerseits dem Schlichtungsausschuß hiervon Mitteilung machen. Wir eruchen die Terminarbeiter mit entsprechender Anweisung zu versehen.

Die Direktion. geg. Sempel.

Obwohl also die Direktion den Druck auf andere Firmen selbst für unzulässig hält, bleibt sie bei der bisherigen Praxis und erstickt nur, einen anderen Weg einzuschlagen, der wenig kompromittierend ist! Nach wie vor sollen die Arbeiter gebühert werden, sich eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu verschaffen, damit die Millionenverdienste der „Union“ nicht etwa um einige Tausend Mark verflücht werden.

Was sagt das Kriegsamt zu diesem Mias?

### Zur Praxis der Schlichtungsausschüsse.

In Kassel hatte die Arbeiterkassette von vier großen Segeltuchwebereien durch ihre Arbeiterausschüsse die Forderung nach Einführung von Mindestlöhnen gestellt. Als mit den Unternehmern darüber keine Einigung zu erzielen war, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. Erst fand die Arbeiterkassette mit ihren Forderungen dort Entgegenkommen. Desio überreichte war man, als folgendes Schreiben des Schlichtungsausschusses einlang:

Anfolge eines Einzelalles ergab sich die Notwendigkeit, die Zuständigkeit der Schlichtungsausschüsse und der Kriegsamtstelle nachzuweisen. Hierbei wurde festgestellt, daß nach Ansicht des Kriegsamtes Berlin die Behandlung grundsätzlicher Fragen aus Zweckmäßigkeitsgründen der einheitlichen Behandlung wegen, von der Kriegsamtstelle Berlin zu betreiben sei. Hierunter fällt nach Ansicht der Kriegsamtstelle Berlin, die Frage des Mindestlohnes.

Wenn man glaubt der Einheitlichkeit wegen, von Zweckmäßigkeitsgründen reden zu dürfen, so wäre gerade in diesem Falle der Schlichtungsausschuß Kassel aus Zweckmäßigkeitsgründen die zuständige Stelle gewesen. Die Kasserer Segeltuchindustrie ist ausschließlich für ganz Deutschland. Alle nennenswerten Betriebe der Branche befinden sich in den Händen der Kasserer Unternehmer. So haben neben ihren Betrieben in Kassel die Firmen Seaman u. Weberer noch einen Betrieb in Bilsenfeld i. S.; Fröhlich u. Wolf in Hst. Lichterow und Brendhausen; Gottschalk u. Co. in Eichenstrahl; Salzmann u. Co. in Eubach, Westungen, Deberan, Rauban, Friedland und in Ungarn. Wenn es in der Textilindustrie eine Branche gibt, die für einheitliche und damit auch für Mindestlöhne reif ist, dann ist das die Segeltuchweberei. Es kommen verhältnismäßig wenig Betriebe in Frage. Die Betriebe sind alle modern eingerichtet, haben ihren Sitz alle an einem Orte, so daß entgegenstehende Schwierigkeiten leicht zu überwinden waren. Nebenbei spielt auch die Frage der unterrichtlichen Abständigkeit keine Rolle, da alle Firmen als Armeelieferanten riesig verdient haben.

Die Begründung des Schlichtungsausschusses trifft aber auch gar nicht zu. Die Auffassung des Vorsitzenden ist unrichtig. Es besteht keine Annahme des Kriegsamtes, daß die Schlichtungsausschüsse grundsätzliche oder allgemeine Lohnfragen ganzer Industriebezirke nicht behandeln dürfen.

So hat sich z. B. auf Vorstellungen von Vertretern des Metallarbeiterverbandes die Kriegsamtstelle Berlin bereit erklärt, allen Kriegsamtstellen zu empfehlen, bei allgemeinen Lohnbewegungen ganzer Industriebezirke eine vermittelnde Tätigkeit auszuüben! Damit sollte der umständliche Weg des Vorgehens jedes einzelnen Betriebes durch seinen Arbeiterausschuß und die Anrufung des Schlichtungsausschusses, sowie die unterschiedliche Behandlung der Einzelfälle vermieden werden.

Wenn der Schlichtungsausschuß Kassel bereits angerufen war, so hätte gar nicht entgegengehalten, zu versuchen, die Frage ihrer Lösung entgegen zu führen. Auf jeden Fall wollen sich die Arbeiterausschüsse merken, daß sie sich bei ähnlichen Anlässen vom Schlichtungsausschuß nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen abwenden lassen.

# Industrie und Handel.

## Einstellung der Gerstenlieferungen an Brauereien.

Aus Braunkreisen erklärt die „Post. Ztg.“, daß auf Veranlassung des Kriegsernährungsamtes einstweilen die Gerstenlieferung für Brauzwecke eingestellt worden ist. Bislang sind den Brauereien des norddeutschen Brauzweckgebietes 5 Proz. des zugesicherten Kontingents von 10 Proz. geliefert worden. Die bevorzugten Brauereien Bayerns haben bereits mehr als 10 Prozent ihres 10prozentigen Kontingents erhalten, allerdings mit der Einschränkung, daß einseitigen die Mengen über das 10prozentige Quantum hinaus untermäßig auf Lager zu nehmen sind. Die norddeutschen Brauereien werden voraussichtlich mit einer weiteren Gerstenlieferung nur zu rechnen haben, wenn Kartoffeln in größerem Umfange zur Verfütterung freigegeben werden können, oder aber, wenn nach Abschluß der Verhandlungen, Gerste aus der Ukraine eingeführt werden kann. Derartige Vorkerkungen können sich aber frühestens wohl im Mai oder Juni bemerkbar machen. Angesichts der Verklärung des Kontingents werden die Brauereien gezwungen sein, das Bier noch leichter einzubrauen. Das Bier für die Truppen an der Front wird ebenfalls leichter eingebraut werden müssen. Trotz der Streckung des Bieres werde eine weitere Verteuerung des Bieres unvermeidlich werden, denn die Verteuerung der Braumenge hat eine erhebliche Verteuerung der Braulosten im Gefolge. Seit einigen Monaten verhandeln die Brauereien bereits mit der Behörde wegen einer Erhöhung des Verkaufspreises für das dreiprozentige Einfachbier. Zurzeit beträgt der Preis 20 M. Die Brauereien fordern 25 M., schließlich kam eine Einigung auf 24 M. zustande. Aber auch dieser Preis wurde im Verlauf weiterer Verhandlungen beanstandet und die endgültige Festlegung soll jetzt mit 23 M. erfolgen. Die Brauereien glauben aber mit diesem Preis unter den jetzigen Verhältnissen nicht durchhalten zu können. Die Ausschankpreise der Gastwirtschaften sind inzwischen schon um 5 Pf. für  $\frac{1}{16}$  Liter, von 15 Pf. auf 20 Pf., erhöht worden. Ob nicht angesichts dieser Entwicklung doch noch eine behördliche Schlichtung von Braubetriebes erfolgen wird, ist einstweilen noch nicht entschieden. Die Brauereien suchen eine zwangsweise Schlichtung zu vermeiden. Von 2000 Braubetrieben in Deutschland, einschließlich der Hausbrauereien, haben bisher 5000 den Betrieb eingestellt.

Die Brauereirei glauben natürlich niemals mit den ihnen zweifelhafte Preisen zufrieden sein zu können, obwohl die Bilanzen deutlich zeigen, daß es allen so gut wie in den besten Friedensjahren vielen aber noch besser geht.

### Ein lahmes Dementi!

Die Bismarckhütte A.-G. sieht sich zu folgendem Dementi der Meldung von ihren hohen Kriegsgewinnen veranlaßt: Die anderweitig verbreiteten Angaben über das Ergebnis des ersten Semesters des laufenden Geschäftsjahres werden von maßgebender Seite als unzutreffend bezeichnet. Der Semestralabschluß liegt noch nicht vor. Nun ist der Voranteil der „Rationalisierung“ wirklich nicht unbedingt zuverlässig und seine Zeugenschaft nicht überzeugend. Aber auf der anderen Seite ist wohl zu beachten, daß das Dementi nur eine formale Ablehnung ist und nicht darüber täuschen kann, daß die Bismarckhütte A.-G. ganz ungewöhnlich viel verdient hat.

# Soziales.

## „Dat blüwt all so, es dat west is.“

Nach Fritz Reuters lauten die Handlungsabschlüsse in Mecklenburg entweder so, wie in der Hefteschrift angeführt ist, oder aber auch: „Allens blüwt bi'n ollen.“ Und es scheint, daß sich seit Fritz Reuters Zeiten noch nichts in Mecklenburg geändert hat, daß auch in der Kriegszeit der alte Geist sich nicht gewandelt hat. Der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ liegt ein Schreiben des Großherzoglichen Ministeriums des Innern zu Schwerin vom 20. 4. 1917 vor, B. Nr. 2133, das wie folgt lautet:

Die Verfügun der Unterstützungscommission, nach welcher Ihnen vom 1. 4. 1917 ab die Familienunterstützung entzogen wird, verlangt das Ministerium nicht zu beanstanden. Es muß von Ihnen verlangt werden, daß Sie Ihre Arbeitskräfte Ihren Kräften entsprechend der Güterherrschaft zur Verfügung stellen. Das Ministerium kann Ihnen nur dringend raten, sich mit einem Antrag auf Arbeitsüberweisung an die Güterherrschaft zu wenden. Wenn Sie regelmäßig auf Arbeit gehen, wird Ihnen die Unterstützungscommission die Familienunterstützung demnächst wieder bewilligen, aber auch nur dann.

Das Schreiben ist, wie der Inhalt schon ergibt, an eine Kriegerehe gerichtet. Das in dem Schreiben gesperrt gedruckte Wort ist einmal, die fett gedruckten Worte zweimal unterstrichen. Die Frau hat bis zum September 1917 keine Unterstützung erhalten. Sie ist mit ihren beiden Kindern, von denen das eine 4 Jahre, das andere 6 Monate alt war, zu ihren Eltern gezogen, um nicht zu verhungern, und vom 1. Oktober hat sie von der Unterstützungscommission zu Hohn und Spott die Unterstützung weder erhalten. Entzogen war die Unterstützung von der Kommission zu Güstrow. Von der Güst-

verwaltung war ihr zugemeldet worden, ihre Kinder in das Landarmenhaus zu Güstrow zu geben. Wir hatten schon in der Nr. 317 des „Vorwärts“ vom 18. November 1917 einen troffen Fall ähnlicher Art aus Mecklenburg geschildert, in dem ebenfalls das Großherzogliche Ministerium des Innern diese geradezu ungläubliche Auffassung vertritt, wie sie in dem jetzt geschilderten Fall auch in die Erscheinung tritt. Dieser Fall liegt zeitlich vor dem schon im November geschilderten. Er bestätigt das, was wir schon im November sagten, daß man an manchen Stellen immer noch nicht weiß, was zum „Durchhalten“ gehört, und daß es in Preatur einmal diesen Stellen gesagt werden muß. Wir hoffen, daß es der Reichstag nun mit aller Entschiedenheit und Deutlichkeit auch tut.

### Freiwillige Fürsorgetätigkeit oder behördliche Aufsicht in der Jugendfürsorge?

Angesichts der Bestrebungen auf Verstaatlichung der Wohlfahrtsfürsorge im allgemeinen und der Jugendfürsorge im besonderen verdient ein in der zweiten Januarnummer des „Zentralblatts für Vormundschafsweesen, Jugendgerichte und Fürsorgeerziehung“ (Berlin Carl Heymanns Verlag) erscheinender Aufsatz des Vorsitzenden des Deutschen Kinderhilfsverbandes Oberlandesgerichtsrat Feisenberger, Celle, über „Einheit der Jugendfürsorge“ besondere Beachtung. Feisenberger wendet sich dagegen, daß etwa die Jugendfürsorge sich freiwillig einer behördlichen Bevormundung auslieferen. Man müsse auch sehr kritisch gegenüber den wohlwollenden Ausdrücken wie Anregung, Beeinflussung und Sammlung sein, die meist anderes als Aufsicht über Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit bedeuten würden. Noch sind die bestehenden behördlichen Jugendfürsorgeämter nicht stark genug, um die Recht an sich zu reißen. Noch sind sie auf die freiwillige Mitarbeit der privaten Vereinigungen angewiesen. Für die von Feisenberger gewünschte Selbsthilfe seien zwei Voraussetzungen nötig: die effektvollste Unterordnung der eigenen Vereinsinteressen unter die der gesamten Jugendfürsorge und Einheitlichkeit der Gestaltung (Organisation). Der Verfasser schlägt dann Zusammenbruch von Sondervereinen zu Sonderverbänden vor, die örtliche Mittelpunkte bilden. Diese Sonderverbände müßten dann wieder ihrerseits in einem Zentralverband zusammengeschlossen sein. Der Zentral-Jugendfürsorgeverband hätte sich inhaltlich weiterhin wieder in einen großen allgemeinen Verband privater Fürsorge einzugliedern. Feisenberger vertritt seinen Standpunkt der Freiwilligkeit scharf, wenn er sagt: „Scharfe behördliche Aufsicht — und das Herausschleichen Selbsthilfe, nicht Staatshilfe gegen Uneinigkeit und Zersplitterung. Zusammenarbeit mit Kommune, Staat und Reich — nicht Unterordnung! Förderung durch sie, nicht Bevormundung! Gemeinliche Beratung mit den Behörden — nicht Bevormundung!“ Wenn aber schließlich „das Verhängnis“ der griechischen Regelung nicht mehr aufzuhalten wäre, so solle man wenigstens die Grundzüge durch ein Reichsgesetz und nicht durch ein Landesgesetz festlegen. Gerade dieser letzte Gesichtspunkt verdient in diesem Augenblick Beachtung, in dem ein vorläufiges Landesgesetz über die Jugendämter unmittelbar bevorsteht!

Die Ausführungen Feisenbergers verdienen sicher Beachtung. Nicht nur in der Jugendfürsorge, auch in der gesamten Wohlfahrtsfürsorge — diese im weitesten Sinne verstanden, also z. B. die Säuglings-, Tuberkulose-, Trübsalfürsorge — kann ein behördlicher Umgang jeden sozialen Geist töten und damit den Wert solcher Fürsorge in erheblicher Weise beeinträchtigen. Aber sie braucht es nicht und darf es nicht und wird es nicht, wenn der freiwilligen Tätigkeit die Möglichkeit genügender Initiative gelassen wird. Sie darf aber nicht wild wuchern, sondern muß sich energisch in den Rahmen planmäßiger sozialer Gesamtfürsorge einleihen.

An einem solchen gezielten Rahmen fehlt es heute völlig. Heute ist soziale Fürsorgetätigkeit im weitestgehenden Maße besonders interessierter Persönlichkeiten, die Reizung und Bedürfnis zur Beoderung sozialer Gebiete fühlt. Weil eine gezielte Grundfrage für diese Tätigkeit nicht besteht, fehlt sie fast völlig in manchen Bezirken, namentlich auch in sozialindustriellen Bezirken mit großen sozialen Gefahren für die Bevölkerung.

Juden herrscht hier eine Zersplitterung und nutzlose Verengung williger Kräfte und von Mitteln, ganz abgesehen von der Ausnutzung der offenen Hand durch unlaute Elemente. Die Wohlfahrtsfürsorge und soziale Fürsorgetätigkeit darf aber kein Gebiet zufälliger willkürlicher Lebensäußerungen im Volke sein; sie ist vielmehr in enge Beziehung zum wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Leben zu bringen. Natürlich darf nichts, was sich besser frei entfalten kann, unter die Fessel des Gesetzes gelehrt werden, den freiwilligen Kräften darf die Tätigkeit nicht verleidet werden. Mehr denn je müssen die im Volke schlummernden Kräfte zu sozialer Arbeit freigemacht werden. Am besten kann das dort geschehen, wo sie auch gewissermaßen persönlich interessiert sind, in der Gemeinde. Bei der durch den Krieg geförderten Erkenntnis der absoluten Notwendigkeit rationaler Menscheneconomie wird sich für jeden Kommunalbezirk der Rahmen für ein gewisses Mindestmaß von sozialer Fürsorge vorarbeiten lassen. Das kommunale Fürsorgeamt wird die organisatorische Stelle sein müssen, in der sich für die freiwillige Betätigung auf sozialhygienischem oder dem Gebiete der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge die beste Gelegenheit böte. Wir leben darin kein „Verhängnis“, sondern eine dringende Notwendigkeit. Darin allerdings stimmen wir Feisenberger zu, daß die Grundzüge der Rahmen, hierzu am besten durch Reichsgesetz geschaffen werden.

Verantwortlich für Politik: Erich Kauter, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für Inserate: H. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Reichspostamt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Heute 1. Verlage und Unterhaltungsblätter.

**C&A**

# Die „Anziehungskraft“

unseres Geschäftes ist deshalb eine so gewaltige, weil Sie bei uns in Bezug auf **Damenkleidung** eine allumfassende Auswahl finden. Das bezieht sich gleichermaßen auf die Kleidungsstücke selbst, wie auf die Größen und Weiten, und auch auf die Preislage. Sie müssen eben bei uns das finden, was Sie suchen.

Rönigsfr. 33  
im Hofhof 22-23  
Chausseestr. 113  
Erla Curtius Schöhl  
Sonntags geschlossen

Groß-Berlin

Erklärung des Betriebspersonals des „Vorwärts“.

Die Arbeiter und Angestellten des „Vorwärts“-Betriebs haben gestern abend in einer Betriebsversammlung ihre Sympathie für den im Gang befindlichen Demonstrationstreif ausgesprochen. Sie erklären, zu dem Zwecke weiter zu arbeiten, daß eine Stelle für die Arbeiterbewegung erhalten bleibt, von der aus sie gegen die Angriffe ihrer Gegner verteidigt werden kann.

Die Straßenbahntariffrage.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Vermuth trat der Verbandsausschuß des Verbandes Groß-Berlin gestern im Rathaus zusammen, um nochmals zu der von der Straßenbahn beantragten Tarifserhöhung Stellung zu nehmen. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde nach kurzer Beratung beschlossen, diese Tariffrage einer demnächst einzuberufenden Vollversammlung des Verbandes Groß-Berlin zur endgültigen Beschlussfassung zu unterbreiten. Wie wir hören, wird das Komitee am nächsten Mittwoch sich auf Antrag der Angestellten der Groß-Berliner Straßenbahnen mit der beantragten Gehalts- und Tarifserhöhung beschäftigen.

Die Erschließung der staatlichen Ländereien.

In der gestrigen Sitzung des Verbandsausschusses Groß-Berlin wurde auch über die gegenwärtige Lage hinsichtlich der Erschließung der staatlichen Forstländereien zu Kleinhausnebelungen verhandelt. Es sollen bei der Staatsregierung weitere entscheidende Schritte in der Richtung unternommen werden, die die Verbandsversammlung in ihrem letzten Beschlusse zu dieser Frage vorgezeichnet hat. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen soll in der nächsten Sitzung des Verbandsausschusses Bericht erstattet werden. Die dem Verbandsausschuß zur Begutachtung vorgelegten Bebauungspläne wurden durchweg gutgeheißen. Hervorzuheben sind ein Plan zur Erhaltung der Promenade der Grünhaaler Straße im Norden Berlins an der Panower Grenze und eine Reihe von Spandauer Bebauungsplänen.

Traut die Polizei nur ihren Augen?

Bei Abhebung von Mubegeldern, von Witwen- und Waisengeldern oder anderen Unterstutzungen fordern manche Behörden den Nachweis, daß die betreffenden Personen noch leben. Man kann diese Voricht nicht übernehmen; denn es war schon da, daß für bereits verstorbene Personen das auf ihren Namen auszufahrende Geld durch Unberechtigte in betrügerischer Absicht noch weiterbezogen wurde. Vorgebung von Lebensbescheinigungen fordert auch eine staatliche Munitionsfabrik, wenn sie für die Frauen und Kinder ihrer zum Heeresdienst einberufenen Arbeiter die ihnen zugehörigen monatlichen Unterstutzungen zahlt. Eine in Berlin wohnende Arbeiterfrau, die von dieser Fabrik für sich und ihre fünf Kinder Unterstutzungen erhält, klagt darüber, daß man ihr auf dem Polizeibureau bei Ausfertigung der Lebensbescheinigung unübliche Schwierigkeiten gemacht habe. Dort habe ein Beamter verlangt, daß sie zunächst mal ihre fünf Kinder mitbrächte und der Polizei vorweise. Er wolle offenbar sich mit eigenen Augen davon überzeugen, daß die fünf Kinder wirklich und wahrhaftig noch alle am Leben seien. Die Einwendung der Frau, daß erst neun Monate alte jüngste Kind befinde sich nicht wohl, habe - sagt sie uns - keinen Erfolg gehabt. Der Beamte habe ihr abschließend erklärt, es lasse sich nun mal nicht ändern, die Kinder müßten eben alle in Person vorgeführt werden. Treuend antwortete ihm die Frau, daß bei etwaiger Betrugsabsicht sie ja ein fremdes Kind als ihr eigenes vorweisen könnte. Aber sie murzte sich, säßen und alle fünf Kinder vorbeiholen, auch das jüngste, obwohl damals - es war gegen Ende Dezember - rauhe Witterung herrschte. Sie hat jetzt im Januar, als sie wieder die Lebensbescheinigung für die Abhebung der am Monatslohn fälligen Unterstutzung beantragte, unangefordert folgende den ganzen Kinderstamm mitgenommen. Es sei das nun Monat für Monat so wiederholen? Auf einem anderen Polizeibureau, zu dem dieselbe Frau früher gehörte, wurde ihr niemals zugemutet, zur Ausfertigung der Lebensbescheinigung die Kinder mitzubringen. Es ist ungewiß, ob diese Forderung nur auf dem Mißverständnis eines überlässigen Beamten beruht oder ob tatsächlich allen Polizeibureaus eine derartige Vorschrift gegeben worden ist. Trifft etwa das letztere zu - vielleicht können andere Arbeiterfrauen und -mütter, welche Erfahrungen sie auf den Polizeibureaus gemacht haben - dann müßten wir schleunige Beseitigung dieser sehr überflüssigen Schererei fordern. Wenn die Polizei willen will, ob sie zu unterstützenden Frauen und Kinder noch leben, so kann sie das leicht aus ihren Meldungen feststellen, daß die Meldung eines Todesfalles erheblich verzögert oder ganz unterlassen wird, dürfte eine seltene Ausnahme sein. Es ist also durchaus unnötig, daß ein Polizeibeamter bei Ausfertigung der Lebensbescheinigung persönliche Vorstellung der Frauen oder gar auch der Kinder fordert. Das Polizeipräsidium sollte allen Polizeibureaus das ausdrücklich verbieten.

Aus der Deputation für Arbeitsnachweis.

Der Verband der Portiers hatte darüber Beschwerde geführt, daß der Arbeitsnachweis für das Handels- und Transportgewerbe auch Portiers vermittele. In einer der letzten Sitzungen beschloß die Deputation bereits mit dieser Angelegenheit und folgte folgenden Beschlusse: „Der Arbeitsnachweis für das Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe ist nur zuständig für gewerbliche Arbeiter im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe. Für alle übrigen Stellen ist der Arbeitsnachweis für Portiers pp. zuständig. In Zweifelsfällen soll möglichst der Arbeitsnachweis für Portiers wahlmöglichst berücksichtigt werden.“ Mit dieser Entscheidung erklärte sich der Verband der Portiers nicht zufrieden und legte erneute Beschwerde ein. Die Deputation erklärte sich jedoch außerhande, von ihrem früheren Beschlusse abzugehen. - Zu Werbemitteln für eine bessere Benutzung des Arbeitsnachweises für Gastwirtschaften wurde von den Interessenten eine Beihilfe von 2000 M. verlangt. Die privaten Stellenvermittler im Gastwirtschaftsgewerbe suchen die Rolle auf, um ihre Nachsuche in empfehlende Erinnerung zu bringen; ähnlich müsse auch der städtische Arbeitsnachweis verfahren. Mit Rücksicht darauf, daß auch in anderen Gewerbetreibenden die städtischen Arbeitsnachweise sich diesen Verhältnissen anpassen haben, bewilligte die Deputation den Betrag von zunächst 1000 M. - Im Gastwirtschaftsgewerbe besteht ferner die übliche Gewohnheit, daß der Arbeitsvermittler gegenüber dem Unternehmer für einen Schaden bis zu einer bestimmten Höhe haftet, wenn der Gewerbetreibende sich Veranlassungen zuschulden kommen läßt. Die Deputation hatte die Frage zu erörtern, ob eine solche Verpflichtung auch für die Helfer und Helferinnen, die durch den städtischen Arbeitsnachweis vermittelt werden, übernommen werden solle. Ein Teil der Deputation stand auf dem Standpunkt, daß von einer Haftung nicht gesprochen werden könne, während ein anderer Teil auf die Haftpflichtigkeiten im Gastwirtschaftsgewerbe hinwies. Lehnte die Deputation eine Garantie grundsätzlich ab, so liegt die Gefahr nahe, daß die Unternehmer im Gastwirtschaftsgewerbe die private Stellenvermittlung bevorzugen werden. Auf Anregung des Direktors des städtischen Arbeitsnachweises wird sich demnächst ein Unter-

such des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise mit dieser Frage beschäftigen. Ausdrücklich erklärte jedoch die Deputation, daß, wenn eine Garantie übernommen werden sollte, ein solcher Beschluß nur für die männlichen Gastwirtschaftlichen Geltung haben solle. - Beschlüssen wurde ferner die Einführung von Einschreibekarten für die die Arbeitsnachweise benutzenden Personen. Die Einführung einer Ordnungsstrafe für verlorene Karten, die vom Referenten des Magistrats befürwortet wurde, wurde abgelehnt. - Für die Abteilung für ungelernte Arbeiter des städtischen Arbeitsnachweises soll, entsprechend den Einrichtungen bei den übrigen Facharbeitsnachweisen, ein Kuratorium, bestehend aus je vier Arbeitnehmern und Arbeitgebern und Vertretern des Magistrats, gebildet werden. Der Ausschuss für Gutachten und Anträge am Gewerbeamt Berlin soll ersucht werden, für die Besetzung dieses Kuratoriums geeignete Vorschläge zu machen. - In längeren Auseinandersetzungen beschäftigte sich sodann die Deputation mit dem Entwurf eines abgeänderten Statuts für den Verband Märktlicher Arbeitsnachweise. Ein von der Deputation eingeführter Unterantrag hat den Entwurf geprüft und eine Reihe neuer Vorschläge und Zusätze gemacht, die insbesondere der Stellung der Stadt Berlin und der Wirtschaftsgemeinschaft Groß-Berlin mehr gerecht werden, als dies bisher der Fall war. Die von dem Unterantrag her abgeänderten Satzungen wurden genehmigt.

Wiederaufnahme des Betriebes auf mehreren Straßenbahnlinien. Seit gestern hat die Große Berliner Straßenbahn den Betrieb auf den Linien 37, 50 und T wieder aufgenommen und die Linien 32 und 45 bis zu ihren fahrplanmäßigen Endpunkten Köpenicker Bahnhof bzw. Fichtestraße wieder durchgeführt. Von heute verkehrt wieder die Linie 24 (Großgörschenstraße bis Berliner. Ede Scharnweberstraße); ebenso werden mit diesem Tage die Linien 26 und 61 bis zu ihren fahrplanmäßigen Endpunkten Lichtenberg, Viktoriapark bzw. Steglitz, Plömann, Ede Bergstraße, wieder durchgeführt.

Lebensmittelscheiter. Auf Veranlassung des Kriegsvorschauamts wurde der Kaufmann Alfred Sewelch, Charlottenburg, Waisenstraße 12, der auf seinen Geschäftspapieren als Oberleutnant a. D. firmierte, festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Er hat, ohne im Besitz der Handelsurkunde zu sein, scheinbare Geschäftsbücher über Lebensmittel aller Art für Großbetriebe unter Ueberschreitung der Höchstpreise abgeschlossen, u. a. auch den Verkauf gemacht, Erbsen für Speisezwecke gegen Saatkarten waggungsweise zu vertrieben.

Die von der Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände zum 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Germania-Praktikalen abendlichen Versammlung bezüglich der Erhöhung der Kriegszulagen muß aus besonderen Gründen um einige Tage verschoben werden.

Zirkus Krone. Der jetzige Spielplan hat nur noch bis Ende dieses Monats Bestand. Ab 1. Februar wird unter anderem auch Rora, das dreiflügelte Nilpferd, seine Künste zeigen.

Charlottenburg, Lebensmittel. Bis einschließlich Sonntag werden auf Abschnitt 2 der Groß-Berliner Nahmittelsfahrkarte für Jugendliche 100 Gramm Weizenmehl in den Kolonialwaren-geschäften ausgegeben. Vom Donnerstag, den 31. Januar, bis Sonnabend, den 9. Februar, werden verabfolgt: 1/2 Pfund Inlands- oder Südzimmermelde (Pfund 90 Pf.), oder 1/2 Pfund Kefelkompott (Auslandsware) (Pfund 1,20 M.), je nach Vorrat, auf Abschnitt 177, 1/2 Pfund Marmelade auf Abschnitt 178 je nach Vorrat, 75 Gramm Weizenmehl und 75 Gramm Feigwaren, beides zusammen auf Abschnitt 3 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte.

Die Zusatzkarten für Kinder im 1. Lebensjahre und für Kinder im 7. Lebensjahre über 1/2 Pfund Zucker monatlich sind vom 1. bis 5. 2. von den Empfangsberechtigten bei den Bezirkskommissionen wertlos bis 10-4 Uhr gegen Vorlage amtlicher Ausweise über das Alter der Kinder abzugeben. Vom 1. 4. ab erfolgt die Zustellung der Zusatzkarten für Kinder im 1. Lebensjahre über 1 1/2 Pfund, für Kinder im 2. Lebensjahre über 1 Pfund, für Kinder vom 3. bis zum vollendeten 7. Lebensjahre über 1/2 Pfund Zucker durch Vermittlung der Hausbesitzer.

Vom Freitag ab werden versuchsweise die Verteilungskarten für Grieß, Gruppen und Feigwaren, aber nur für diese drei Warenforien, nicht nur wie bisher in den 38 städtischen Verkaufsstellen, sondern in demjenigen Kolonialwarengeschäft eingeführt, in dem der Empfangsberechtigte in die Kundentafel eingetragen ist.

Realien. Petroleumversorgung. Wie uns von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, sind die der Stadt für den Monat Februar zugewiesenen Petroleummengen sehr gering. Infolgedessen müssen die für Januar abgegebenen Wochennengen erheblich gekürzt werden. Neue Anträge auf Bewilligung von Petroleumkarten können mangels vorhandenen Petroleum nicht berücksichtigt werden. Die Inhaber von Petroleumkarten werden gebeten, nur die unbedingt notwendige Menge einzulösen, damit wenigstens diejenigen Haushaltungen Petroleum erhalten, die weder Gas- noch elektrische Lichtleitung in ihrer Wohnung haben. Eine Nachlieferung von Petroleum auf Abschnitte vergangener Wochen ist nicht möglich.

Lichtenberg, Lebensmittel. In dieser Woche werden auf die Kartoffelkarten fünf Pfund Kartoffeln verabfolgt, zwei Pfund werden dem eisernen Bestand entnommen. Auf die Abschnitt 178 S. K. G. J und B dürfen für die Zeit vom 1. bis 15. Februar je 575 Gramm Zucker entnommen werden. Wer an Stelle des gewöhnlichen Gebrauchszuckers Kandiszucker zum Preise von 50 Pf. für ein Pfund beziehen will, muß seine Anmeldung in einer hiesigen Apotheke oder Drogerie erfolgen lassen. Die Käufer müssen diese Abschnitte bis zum Mittwoch beim Verkäufer abgeben. Der Verkauf des Zuckers darf erst vom 2. Februar ab erfolgen. Die Käufer werden ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Rückmeldungen nach dem festgesetzten Anmeldetermin nicht mehr berücksichtigt werden können.

Außerdem erhalten Kinder im ersten Lebensjahre einen monatlichen Zuzug von 1 1/2 Pfund, Kinder im zweiten Lebensjahre einen solchen von 1 Pfund, Kinder vom begangenen 3. bis zum vollendeten 7. Lebensjahre einen Zuzug von 1/2 Pfund. Die hierzu erforderliche Verordnung wird demnächst veröffentlicht. Auf Abschnitt 165B: Feinere Maltz- und Seefische, Abschnitt 164: Mäherwaren, auf Abschnitt 181B: Kerne von 1,00 M. das Pfund, für den Kauf von Fischen und Fischwaren erfolgt eine Voranmeldung in den Geschäften nicht.

Wilmersdorf, Lebensmittel. Zu der Zusammenstellung der in der laufenden Woche zur Abgabe kommenden Lebensmittel hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es muß heißen: Von Mittwoch, den 30. Januar bis Sonnabend, den 2. Februar auf die Bezugskarte für Einzelpersonen 250 Gramm Kautschuk (Abschnitt J) und 125 Gramm Speiseessig (Abschnitt K).

Weißensee, Aus der Gemeindeverwaltung. Die Errichtung einer weiteren Zweigstelle der Gemeindefarke im Hause Berliner Allee 11 wurde beschlossen. Am 15. Februar soll an die Beamten, Angestellten und Arbeiter eine einmalige Zulage ausbezahlt werden. Sie beträgt für die Beamten und Angestellten bis zu einem Einkommen von jährlich 14000 M. je 200 M. und für jedes Kind bis 18 Jahre je 20 M.; für die Unterbediensteten 150 M. Bei den Arbeitern erfolgt die einmalige Zulage nach den bestehenden Sätzen wie die monatliche Zulage und Kriegszulagen zusammen beträgt. Die Verlegung der Straßenbahnhaltestellen hatte die Gemeindeverwaltung beantragt, eine Beschwerde an den Minister

für Handel und Gewerbe zu richten. Der Erfolg ist der, daß die Haltestelle an der Berliner Allee, Ecke Rembrandtstraße, verbleibt und die Haltestelle am Schloß und Lindenallee um eine Straße weiter nach der Breitenstraße verlegt wird. Um der bestehenden Wohnhausanlage zu begegnen, wurde ein Antrag an den Kreisaußschuß gerichtet, die Gründung einer Siedlungsgenossenschaft in die Wege zu leiten. Für diese Gründung soll nur der Kreis, sondern auch der Staat und die Industriellen interessiert werden. Die Gemeinde will sich ebenfalls für die Genossenschaft interessieren und eventuell geeignetes Gelände für diese Zwecke zur Verfügung stellen. Außerdem würde noch die Wahl eines Schöffen vorgenommen; es wurde der bisherige Schöffe Nothe wiedergewählt.

Brig. Anmeldung für Saatgut. Die zum Bezuge von Saatgut (Weizen, Haferfrüchte usw.) erforderlichen Saatkarten sind in der Lebensmittelkarte Nothow, Ede Hippelstraße zu beantragen. Bei Stellung der Anträge müssen die nötigen Nachweise über Größe und Lage des Landbesitzes beigebracht werden. Die Erledigung der Anträge erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldung und nimmt, da die höhere Verteilungsbehörde darüber entscheidet, einige Zeit in Anspruch.

Konow's. Lebensmittel. Heute findet auf Abschnitt 45 der Verkauf von Mäherwaren statt. Der andauernde Rückgang der Mäherzeugung macht es erforderlich, daß von jetzt ab auf die Mäherkarten zu 1 Liter eine Menge von nur 1/2 Liter abgegeben werden darf. Auf Abschnitt 2 der neuen Lebensmittelkarte findet die Ausgabe von Marmelade statt. Die Anmeldung hierzu muß heute und morgen bei dem Kleinhandler erfolgen. Auf Abschnitt 3 findet die Ausgabe von Sardinen in Öl und Sauce statt. Die Anmeldung muß heute oder morgen bewirkt werden.

- Ausgabe von Lebensmittelkarten für Jugendliche. Für jugendliche Personen vom begangenen 8. bis vollendeten 17. Lebensjahre erfolgt die Ausgabe von Lebensmittelkarten in der Lebensmittelkarten-Ausgabestelle, Frießstraße 81, und zwar für die Bezugsberechtigten mit den Anfangsbuchstaben „A“ bis „E“ und „L“ bis „N“ am 30. d. Mts., vormittags 8-11 Uhr, für die übrigen Bezugsberechtigten „P“ bis „K“ und „S“ bis „Z“ am 31. d. Mts., vormittags 8-11 Uhr. Auf Grund dieser Lebensmittelkarten sind die Jugendlichen zum Bezuge von Zulagenportionen an Nahrungsmitteln berechtigt. Die Abholung der Karten muß durch die Haushaltungsverwalter erfolgen. Was Ausweis für die Bezugsberechtigung sind die Geburts- bezw. Taufschein vorzulegen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Spandau. Der Sozialdemokratische Wahlverein hielt am 24. Januar eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in der der Geschäfts- und Kostenbericht erstattet wurde. In beiden Konten von einem tüchtigen Fortschreiten der Organisation berichtet werden. Sodann hielt der Abgeordnete des Kreises, Genosse Stahl, einen Vortrag über „Die politische Lage“. Redner schilderte die Ereignisse in West- und Ostpreußen und kommt auch auf die Frage zurück im Hauptausdruck zu sprechen, die wieder Arbeit in den Kriegszweigen vernichten laßt. Leider sei die politische Situation sehr verzerrt durch die Exzesse der Mittelstaaten, die ihren ganzen Einfluß in Hof- und Regierungskreisen ausbieten, um einen Verständigungs-frieden zu hinterziehen. Die Reichstagsfraktion habe vor folgenreicheren Entschlüssen, wenn die Regierung sich, wie es den Anschein habe, in das Schlepptau der Vaterlandspartei nehmen lasse. Dann könne und dürfe die Fraktion eine solche drohende Politik nicht mehr unterstützen. Die Ereignisse in Ostpreußen seien für die Regierung ein deutliches Kennzeichen, an dem sie nicht achtlos vorbeiziehen sollte. Die Geduld des Volkes ist nahezu aufs äußerste gespannt, deshalb müsse die Arbeiterklasse alles daran setzen, daß ein recht baldiger Frieden der Befriedigung der Völker zulande komme. Aufgabe des Parlaments und insbesondere unserer Fraktion müsse es sein, die Regierung zu koren und im Sinne der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 sich bewegenden Erklärungen zu veranlassen, denn es sei wahrlich Zeit, daß anstatt einer neuen Offensive im Westen eine allgemeine Friedensoffensive jetzt einsetze. In der anschließenden Diskussion sprachen sich alle Redner im Sinne der Ausführungen des Referenten aus und gaben ebenfalls der Meinung Ausdruck, daß alles daran gesetzt werden müsse, nicht nur einen Sonderfrieden, sondern den allgemeinen Weltfrieden zu erreichen.

Der Bericht über die Verhandlungen mit dem Magistrat über die städtische Lebensmittelversorgung gab Genosse Stahl e. Redner teilte mit, daß in einer ausgiebigen Aussprache mit der städtischen Kriegskommission und dem Magistrat alle Beschwerden dargelegt wurden. Der Magistrat versprach eingehende Prüfung und Berücksichtigung der vorgetragenen Wünsche und Beschwerden. Angekündigt sei schon alles gefahren, damit die Bevölkerung mit versorgt werde. Redner ist der Meinung, daß der Magistrat leider nicht in vollem Maße seine Schuldigkeit getan habe und überaus rüch-sichtslos gegenüber denjenigen Geschäftsleuten aufträte, die sich Preiswucher und sonstige gegen das Interesse der Gesamtheit verstoßende Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen.

In der Diskussion wurde sehr darüber geklagt, daß der Magistrat den jetzt in Spandau zu laufenden vorhandenen Ackerbauern keine Notizenkarten ausstünde. Die Stadtverordneten sollen diesbezüglich sofort mit dem Magistrat in Verbindung treten. Ferner sei der Ausschuss für Verteilung der Lebensmittel erst einmal zusammenzutreten und wurde dessen Zusammenkunft ebenfalls sehr kritisiert.

Aus aller Welt.

Die größte Dampfmühle Wiens niedergebrannt.

Die größte Dampfmühle Wiens, die von Kaiser/Eberdors, ist in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag mit ihren gesamten Vorräten an Getreide und fertigen Mäherprodukten vollständig niedergebrannt. Ebenso sind alle Maschinen und Leibriemen, also das ganze Inventar der Mühle, verbrannt. Der Schaden ist zum größten Teil unersehlich und wiegt deshalb sehr schwer, weil diese größte Mühle Wiens auch für die Versorgung der Reichshauptstadt eine große Rolle spielte.

Plünderung eines Kaffeehauses in West.

Eine Bande von Anantern und indochinesischen Arbeitern griff in West das Café Varcor an, plünderte es vollständig und verließ die Anwesenden schwer. Herbeigeeilte Polizisten wurden von den Anantern angegriffen und mußten sich unter Zurücklassung mehrerer Posten in das Polizeikommissariat des Handelsplatzes flüchten, wo die Farbtigen sie längere Zeit belagerten. Die Uebelthäter wurden nicht bestraft.

Frauen-Leseabende.

Edueberg. Heute 8 1/2 Uhr Frauen-Leseabend bei Groß, Sedanstraße 17. Vortrag aus dem Leben deutscher Freiheitskämpfer und ihren Werken.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittig. In den Mittagsstunden heiter und ziemlich mild, sonst vorwiegend neblig, in der Nacht zu Mittwoch dicklich Frost.



Bernerstorfer und die Volksbildung.

Von Ludo M. Hartmann.

Wenn es richtig ist, daß der deutsche Sozialismus in gerader Linie von der klassischen deutschen Philosophie abstammt...

Auch Lassalle, der von der Philosophie Heraklits des Dunkeln und des noch dunkleren Hegel ausgegangen ist...

Aber seinem Temperament und seiner Auffassung entsprechend war seine Absicht nicht darauf gerichtet, zusammenhanglose Kenntnisse zu vermitteln...

So war ihm vor andern Schiller, der Weltbürger, zugleich Wegweiser der deutschen Nation. Ihn stellte er den 'Voranen' entgegen...

Wie gegen die Unerschöpflichkeit und Jagdhaften entbrannte aber sein Horn gegen die offenen Gegner der modernen Kultur...

Aber so sehr Bernerstorfer ein geborener Kämpfer war, so erschöpfte sich doch seine reiche Natur nirgend in der Verneinung...

im Jahre 1892 in seinem Königreich Wiener-Neustadt bereitet hat. Und als in Wien das Volksheim im Jahre 1901 gegründet wurde...

Kein Zweifel, daß sich in dieser kräftigen, nun leider auch historisch gewordenen Gestalt unteres Leben Bernerstorfer und seinem Verhältnis zur Volksbildung das Wesen des Sozialismus gleichsam symbolisch darstellt...

Die Kaffeeklappe.

Von Max Jungnickel.

Hinter der Front ein Keil, angeklaffen, die Straßen von Wagenrädern zerwühlt. Früher, als es noch Frieden war...

Am Marktplatz ein Schild: 'Kaffeestube.' Ein langgedehnter, schmaler, niedriger Raum. Schulbänke stehen darin...

Die Kaffeestube schwärzt. Ein Klembranddunkel zieht nachbögelt über die Köpfe der Feldgranen...

Wände schlafen. Wände wachen, den verwilderten Kopf auf die Pfeile gepflanzt...

Die Kaffeeklappe summt. Jumer dunkler wird's. Einer kriecht ein Schlingengelenk aus dem Korridor...

Vorn Schanzstich wird geschrien und gelacht und Kaffee verkauft. An der Erde sitzen drei und spielen Skat auf einer Kiste...

geht zum Absterben und spielt ein paar Takte, eine verwilderte Weige micht sich dazwischen.

Das Licht geht aus. Die Kaffeeklappe träumt. Sie grübelt eine Sehnsucht aus...

Lab drauchen fallen die kalten, windverwehten Wintersterne in die Pfützen der nächtlichen Gassen.

Die Gurkhas.

In der Wiener Geographischen Gesellschaft hat der Berliner Indienforscher Professor Dr. Lüders einen Vortrag über die Gurkhas gehalten...

Notizen.

Militarismus und Nationalismus. Ueber dieses Thema spricht Dr. Rudolf Benzig in der Humanistischen Gemeinde...

Juden 'frohen Abends' des Goethebundes schreibt man uns aus Charlottenburg, dort habe der Abend das Würdigen 'froh' verdient...

Ueber einen Goethe-Abend im Südosten, dessen erster Teil gut ansprach, löten wir: Einen krassen Gegenstand bildeten die Darbietungen des zweiten Teiles...

Des weiteren wurde ein Kinastück aufgeführt, der sich 'Der Mann muß wohl toll sein' betitelt. Auch hier bin ich mit nicht im Klaren...

Institut für Meereskunde, Georgenstr. 34/36. Freitag, 1. Februar, 8 Uhr, öffentlicher Vortrag von Dr. A. Pohle...

Bernerstorfer als Volksbildungsmann. Der Vorschlag von Ludo M. Hartmann entnimmt der langen Reihe von Würdigungen...

Töchter der Heluba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

Den Arm um ihre Schulter legend, zog er sie neben sich aufs Sofa. Auf diesem selben Sofa, wenn auch nicht im gleichen Raum...

Sie sah ganz still. Mit träumerischen Blicken folgte sie den drei jungen Leuten...

Rum qualmte sie led. Den Kopf mit der braunen Haarfülle hintübergelegt, versuchte sie gelehrt, Ringeln zu blasen...

„Ist das famos hier,“ sagte Heinz und stieß einen Seufzer des Behagens aus.

Ja, es war schön hier, aber jetzt noch viel schöner als früher! Mit einem heißen Blick umfing Rudolf die hellgekleidete Gestalt...

Mit einer Gatt, die Zeit auszunutzen, keine Minute zu verschwenden, die kostbar war, widmete er sich ganz dem schönen Mädchen...

Sie fühlten nur Freude, die Freude, jung zu sein und einander zu gefallen.

Der Ältere sah gelangweilt dabei, er kam sich überflüssig vor. Er stand auf; sie hielten ihn nicht zurück...

Es froh leicht, die Wege waren trocken trotz des Schnees; der war weggeschwunden und nur im Gesträuch und Nadelwerk der Bäume hängen geblieben...

Heinz Verthold ging im Garten umher. Es überkam ihn wohlig; zu Haus, zu Haus! Und doch konnte er es noch nicht glauben...

Im Krügerischen Garten ging Frau Rossi. Sie mochte nicht draußen spazieren, die Straßen schienen ihr so öde...

wandelte sie langsam. Sie hatte einen dunklen Schleier ums Haar geföhungen...

Der junge Mann grüßte über den Haum. Er beabsichtigte nicht, led zu sein, er wollte selber nicht, was ihn dazu trieb...

Lisi hatte nicht bemerkt, daß drüben im Nachbargarten jemand war. Aus einem tiefen Nachsinnen hatte sie der Gruß jah aufgeführt...

Der junge Offizier machte eine Verbeugung, nannte seinen Namen. Eine leise Freundlichkeit huschte für einen Augenblick über das traurige Frauengesicht...

(Fortf. folgt.)

